

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement-Preis pränumerando  
Bieteljährlich 3.90 RM, monatlich 1.30 RM,  
wöchentlich 30 Pf. frei im Haus.  
Einzeln Kummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
abonnement: 1.20 RM pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitung-  
Verzeichnisse. Unter Preisband für  
Deutschland und Österreich. Ungarn  
2.50 RM, für das übrige Ausland  
4 RM pro Monat. Postabonnements  
nehmen an Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
pro Seite oder deren Raum 60 Pf. für  
politische und gesellschaftliche Berichte  
und Veranlassungen. Einzelne 30 Pf.  
Kleine Anzeigen, das ist gedruckt  
Bart 30 Pf. (zwei bis 2 Zeilenbreite  
Borte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
Einselne Zeile und Einschließema-  
ssen das erste Wort 10 Pf., jedes  
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
staben zählen für zwei Worte. Inserate  
für die nächste Nummer müssen bis  
5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
Sommerabend, den 1. Juli 1916.  
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Die Kontrolle von Kriegs- lieferungen.

In dem letzten Vertrauensvotum der französischen Kammer für das Ministerium Briand findet sich u. a. auch folgender Satz:  
„Sie (die Kammer) beschließt, eine direkte Abordnung zu bilden, welche mit dem Beistand der Regierung an Ort und Stelle eine unmittelbare und wirksame Aufsicht über alle die Betriebe ausüben wird, welche für Heeresbedürfnisse zu sorgen haben.“

Dieser Beschluß der französischen Kammer, eine Art Kontrollkommission für Heereslieferungen einzusetzen, erinnert uns daran, daß auch der Deutsche Reichstag am vorletzten Tage seines Zusammenkommens einen ähnlichen Beschluß gefaßt hat. Die Anregung dazu war von einem Antrage ausgegangen, den Graf Westarp zum Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes gestellt hatte. Die Rechnungs-Kommission des Reichstags sprach sich einstimmig für das Prinzip dieses konservativen Antrags aus, erregte ihn aber wegen formaler Bedenken durch eine fortschrittliche Resolution Doormann, die sie dem Plenum durch Genossen Roske als Berichterstatter ebenso einstimmig zur Annahme empfahl. Diese Resolution lautet:

„Den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, zur Prüfung von Verträgen, welche Behörden oder Kriegesgesellschaften seit Kriegsbeginn zu Lasten der Reichskasse über Leistungen oder Lieferungen für Kriegszwecke geschlossen haben, eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstags und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Herr Reichstagskanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Beseitigung etwaiger Mißstände mitzuteilen.“

In der Plenar Sitzung des Reichstags vom 7. Juni sagte Genosse Roske als Berichterstatter der Rechnungs-Kommission, sie sei einstimmig der Meinung gewesen, daß es eine unabwendbare Pflicht des Reichstags sei, sich möglichst gründlichen Einblick in die Lieferungsverträge und Lieferungs-geschäfte zu verschaffen, die von Behörden oder Krieges-gesellschaften seit Kriegsbeginn zu Lasten der Reichskasse für Kriegszwecke abgeschlossen wurden. Es wäre damit zu rechnen, daß die Rechnungs-Kommission Jahre brauchen würde, bis sie auch nur einen Bruchteil der Aufgaben erledigen könnte, die jetzt durch den Antrag Westarp und die vorgelegte Resolution erreicht werden sollten. Genosse Roske betonte besonders:

„Bei der gewünschten Nachprüfung kommt es aber wesentlich darauf an, daß so rasch wie nur irgend möglich an die Arbeit gegangen wird. Je mehr Zeit verloren geht, desto schwerer werden wichtige Feststellungen zu treffen sein. In der Kommission ist ein müßig die Auffassung vertreten worden, daß schon in der Sommerpause des Reichstags mit den Nachprüfungen, die für erforderlich gehalten werden, begonnen werden müßte. . . . Es ist uns in der Kommission mitgeteilt worden, daß jetzt schon bei dem Rechnungshof Berge von Rechnungen sich anhäufen, so daß man Sorge trägt, die Balken des Hauses würden diese ungeheure Last nicht mehr lange tragen können. Es ist also durchaus erforderlich, daß je r s c h n e l l an die Erledigung der Rechnungen herangegangen werden kann.“

Genosse Roske wies weiter darauf hin, daß die vorge-schlagene Resolution denselben Wortlaut sinngemäß über-nommen habe, den die Resolution hatte, die seinerzeit zur Einsetzung der Rüstungskommission gefaßt hat.

In der Diskussion sprach der Konservative v. Brod-hausen seine Verwunderung über das Ergebnis der Kom-missionsberatungen aus und erklärte, er und seine Freunde würden für die Resolution stimmen. Sie wurde denn auch vom Reichstage einstimmig angenommen, nachdem vorher auch Staatssekretär Dr. Helfferich sich im Prinzip dafür ausgesprochen hatte. Staatssekretär Dr. Helfferich erklärte:

„. . . Das Parlament soll in vollem Umfange Gelegenheit haben, die ihm zustehende Kontrolle und die ihm zustehende Kritik auszuüben. . . . Das Mittel, das hier vorgeschlagen wird, um diese Kontrolle und diese Kritik durchzuführen, ist ein außer-gewöhnliches. Aber ich stehe auch nicht an, hier anzuerkennen, daß die außer-gewöhnlichen Zeiten, in denen wir uns befinden, schließlich auch außer-ordentliche Wege rechtfertigen.“

Staatssekretär Dr. Helfferich wies allerdings auch auf eine Reihe praktischer Schwierigkeiten hin, die bei der geplanten Kontrolle zu überwinden sein würden. Er betonte besonders, daß die Arbeiten des Rechnungshofes dadurch nicht gestört werden dürften und daß das Beamtenpersonal, das die Lieferungs-geschäfte erledigt, außerordentlich stark in Anspruch genommen sei. Er sagte zum Schluß:  
„Sie werden aus meinen Worten sicherlich keine prinzipielle Ablehnung herausgehört haben, sondern im Gegenteil eine prinzipielle Zustimmung. Eine Entschließung der Verbündeten Regierungen in dieser Angelegenheit herbeizuführen, war gestern keine Zeit; ich kann Ihnen aber die Zusage machen, daß ich eine Entschließung

der Verbündeten Regierungen in dieser Frage mit der schnellsten Beschleunigung herbeizuführen werde.“

Seitdem sind mehr als drei Wochen verstrichen, es haben diverse Sitzungen des Bundesrats stattgefunden, aber es ist nichts davon verlautet, daß Staatssekretär Dr. Helfferich seine Zusage eingelöst hätte. Wir haben sie von vorn-herin mit großer Skepsis aufgenommen. Der eingangs erwähnte Beschluß der französischen Kammer ließ es uns aber angezeigt erscheinen, die Erinnerung an sie in der Deffentlichkeit wieder etwas aufzufrischen. Vergleicht man den französischen Beschluß, der „an Ort und Stelle eine unmittelbare und wirksame Aufsicht über alle Betriebe“ fordert, die für Heeresbedürfnisse zu sorgen haben, mit dem Beschluß des Deutschen Reichstags, der nur bescheiden eine nach-trägliche Kontrolle von Lieferungs-geschäften und Verträgen fordert, die für Kriegszwecke abgeschlossen worden sind, so bringt sofort in die Augen, wie unendlich viel größer der Einfluß des französischen Parlaments während des Krieges ist als der des deutschen Parlaments, ganz abgesehen davon, daß die Resolution des Reichstags allem Anschein nach ohne Folge bleiben dürfte, trotz der „prinzipiellen Zustimmung“ und der „Zusage“ des Herrn Helfferich.

## Treves für baldiges Kriegsende.

Bern, 29. Juni. (W. L. B.) Die italienische Kammer fuhr in der Vespung der Regierungserklärung fort. Aus der Rede des offiziellen Sozialisten Treves ist der Schluß bemerkenswert, wo Treves unter lebhaftem Lärm daran erinnerte, daß in der französischen Kammer einige Sozialisten verlangt hätten, die Regierung möge mit Waffenstillstandsvorschlägen beginnen. Auch in Deutschland habe sich eine ähnliche Bewegung für den Frieden zu entwickeln begonnen und nicht nur unter den Sozialisten, sondern auch unter den Unterzeichnern des berühmten Aufrufs der 93 Intellektuellen. Seiner Meinung nach dürfte der Krieg bald beendet sein.

## Italienischer Kammertumult.

Lugano, 30. Juni. (Z. N.) Die gestrige Kammer-sitzung fand nicht mehr im Zeichen der allgemeinen Begeisterung und Brüderlichkeit, sondern sie war der Schauplatz eines großen Tumultes und wüster Schimpferien, gelegentlich einer großen Friedensrede des Sozialisten Treves, der wieder am Ministerium scharfe Kritik übte. Treves verhöhnte Boselli wegen des Empfangs und Ver-fragung von Journalisten. Wenn der Ministerpräsident gern die Meinung der Zeitungsleute kennen lernen wolle, so brauche er nur die Zensur aufzuheben, eine Bemerkung, die im Hause große Heiterkeit hervorrief. Unter lebhaftem Beifall der Linken wandte er sich gegen die Politik Sonninos gegenüber der Entente. Italien sei nur ein Anhängel des Viererbundes. Die geographische Lage Italiens hätte es ermöglicht, in ehrenvoller Weise die Rolle des Friedens-vermittlers zu übernehmen. (Widerpruch rechts.) Die Pariser Konferenz plane nach den Vorschlägen Chamberlains eine wirtschaftliche Union, in der Italien von England aufgefangt würde. Das italienische Volk verlange die Freiheit, sein Brot dort kaufen zu können, wo es am billigsten sei. Das italienische Volk dürfe nie und nimmer dem wirtschaftlichen Imperialismus Englands geopfert werden. Treves beschuldigt die Behörden, die französischen Unter-nehmen bei ihren Verjuchen, italienische Streikbrecher heranzuziehen, begünstigt zu haben. Treves fordert die Einleitung von Friedens-verhandlungen, die französischen Genossen hätten bereits von der Regierung verlangt, einen Waffenstillstand zu erklären. Hier setzte großer Lärm ein. Colajanni rief „Unwahr!“ Sozialisten umringen darauf den Zwischenrufer und schrien: „Ganowurst! Lügner! Schwächling!“ Auf den äußersten Bänken entfiel großer Lärm. Die Republikaner rufen: „Österreichische Canaillen!“ Die Sozialisten antworten: „Französische Canaillen!“ Auch andere ungläubliche Schimpfwörter flogen herum. Trotz des Lärmes setzt Treves seine Rede fort und schließt mit dem Ver-merken, die Welt stehe vor einer großen Umwälzung. Italien solle sich zur Königin der Welt machen durch die Initiative zum Friedensschluß. Auf den Beifall, den die Rede bei den Sozialisten auslöst, antwortete die Kammer außer dieser Gruppe mit Hochrufen auf den Krieg, während die Sozialisten als Antwort Hochrufe auf den Frieden ausbringen. Das geht eine Weile hin und her, und der Tumult wird immer größer, bis endlich nach langen Bemühungen des Prä-sidenten in der Debatte fortgefahren werden kann.

Der „Avanti“ preist in einem Leitartikel die Rede Treves, während der „Secolo“ und der „Corriere della Sera“ ihr Bedauern darüber ausdrücken und die Ausführungen aufs schärfste beurteilen.

## Die Todesstrafe für Dienstweigerer.

Aus Amsterdam schreibt man uns:  
Im Unterhause interpellierte am 22. Juni der Arbeiterpartei-ler Barnes über die Verurteilung von vier „conscientious objectors“ (Dienstweigerer aus Gewissensgründen) zum Tode. Er wies darauf hin, daß die Ueberstellung der wegen Dienstweiger-ung Verurteilten an die Zivilbehörden zugelegt und vor allem das Versprechen gegeben worden sei, die Dienstweigerer nicht an die Front zu senden, was man aber dennoch getan habe. Auch gab er der allgemeinen Erregung über die Behandlung der Inhaftierten Ausdruck. — Der Unterstaatssekretär des Kriegswesens Tennant erwiderte, es seien über die Behandlung der Gefangenen allerlei Gerüchte im Umlauf, die zum größten Teil un-wahr seien. Der vorgebrachte Fall gehöre zu denen, wie er glaube. Er habe jedenfalls noch keine Information darüber erhalten. Jedenfalls versicherte er dem Interpellanten, daß

kein Wunsch bestehe, daß die Militärbehörden die conscientious objectors anders behandeln als andere Soldaten. (Protestrufe. Der Liberale Whitehouse ruft: Werden Sie sie erschießen lassen?) Sie werden den Militärbehörden als Soldaten überliefert. Die Militär-behörden haben keine Wahl, sie anders zu behandeln. Wenn mein verehrter Freund (der Zwischenrufer), der über diese Erklärung auf-geregt scheint, anderer Meinung ist, bin ich begierig, sie zu hören. — Hier entspann sich ein Dialog zwischen dem Unterstaatssekretär und Herrn Whitehouse, der den ersteren an seine Versprechungen er-innerte. Tennant erklärte nur, daß die Dienstweigerer nicht wegen Desertion vor dem Feind beurteilt werden könnten, da sie als Nichtkombattanten nicht vor dem Feind stünden.

Tatsächlich sind aber die Verurteilungen zum Tode erfolgt. Einer der Verurteilten, Marten, hat darüber in einem Brief be-richtet. Das kriegsgerichtliche Urteil wurde ihm am 16. Juni vor der verammelten Mannschaft vorgelesen. Es lautet auf den Tod durch Erschießen, jedoch mit Umwandlung in zehn Jahre Ge-fängnis.

Die „Daily News“ schreiben über diese Angelegenheit u. a.: „Herr Tennant hat erklärt, daß conscientious objectors, die der Armee übergeben werden, dieselbe Behandlung erfahren wie andere Soldaten. Soll damit gesagt sein, daß gewöhnliche Soldaten, wenn sie Haft oder Gefängnis durchmachen, die Brutalitäten zu er-leiden haben, denen zahlreiche conscientious objectors aus-gesetzt waren?“ Die „Daily News“ weisen ferner darauf hin, daß das Dienstpflichtgesetz — ob mit Recht oder mit Unrecht, komme hier nicht in Betracht — die Dienstweigerer aus Gewissens-gründen schütze. Der Ministerpräsident müsse trachten, den wachsenden Eindruck wegzunehmen, daß die Parlamentsbeschlüsse und die dem Parlament gegebenen Versprechungen völlig mißachtet werden. Für niemand könnten Vorfälle von der Art, wie sie wiederholt berichtet wurden, widerwärtiger sein als für Herrn Asquith selbst; der es zu seiner persönlichen Angelegenheit machen müsse, die ernste Beunruhigung zu beseitigen.

Schärfst berührt es, daß das Kriegsministerium über die vom Kriegsgericht in Frankreich gefällten Urteile in Fällen von so grundsätzlicher Bedeutung eine volle Woche später noch keine Kenntnis haben soll, nachdem schon Privatbriefe der Verurteilten ihre Adresse erreicht haben.

## Von der französischen Zensur.

Auf der „Ehrentafel“ der Zeitungen, die seit Kriegsausbruch in Frankreich mehr oder minder lange verboten waren, stehen laut einer Notiz der „Populaire-Revue“:  
„Hommes du four“, „Bonnet Rouge“, „Radical“, „Homme Eucharne“, „Kappel“, „Guerre sociale“, „Populaire du Centre“, „Hommes du four“ waren 180 Tage verboten, „Journal du Peuple“ 28 Tage und so fort bis zu den 2 Tagen, während der die „Guerre sociale“ nicht erscheinen konnte.  
Die „Humanité“, Organ des sozialistischen Proletariats, ist nie verboten gewesen.  
Kommentar ist überflüssig, meint die „Populaire-Revue“. Herr Miljukoff, der Rabattenführer in der russischen Duma, sagte gelegentlich des Besuchs der russischen parlamentarischen Delegation in Frankreich unter anderem:  
„Nach dem, was ich habe konstatieren können, ist Ihr Preß-regime strenger als das unsere.“  
So mußte es kommen. (z)

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag nachmittag. In der Champagne in der Gegend von Labure und westlich des Hügel von Le Mesnil der Stettete ein glücklicher Handreich den Franzosen, die feindlichen Schützengraben der ersten Linie zu reinigen und an mehreren Punkten bis an die zweiten Linien vorzudringen. Dort wurden Unterstände zur Explosion gebracht. Am linken Ufer der Maas wurde der Artillerielafette an der Höhe 804, ohne daß die Infanterie eingriff, fortgesetzt. Am rechten Maasufer griffen die Deutschen nach bestiger Artillerievorbereitung, die den ganzen Nachmittag über an-dauerte, gegen 8 Uhr abends die französischen Stellungen nordwest-lich des Werkes von Thiomont an. Sie wurden durch Sperrfeuer und Maschinengewehrfeuer angehalten, konnten sie nicht erreichen und erlitten fühlbare Verluste. Im Laufe der Nacht wurde die Artillerietätigkeit in der Gegend von Chénois fortgesetzt.

Paris, 30. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag abend. Zwischen Coiffons und Reims haben wir am Vormittag einen Handreich gegen einen deutschen Graben nordwestlich von Capigneul gemacht, Unterstände zerstört und Ge-fangene eingebracht. In der Champagne hat unser Geschützfeuer feindliche Anlagen am Mont Létu, am Hügel von Le Mesnil und nördlich von Labure zerstört. Am linken Maasufer haben die Deutschen nach lebhafter Feuer-vorbereitung gegen 4 1/2 Uhr nach-mittags einen Angriff auf unsere Stellungen westlich von Höhe 804 gemacht, sind aber durch Infanteriefeuer und Sperrfeuer abgewiesen worden. Im Gehölze von Avocourt im Laufe des Nachmittags ziemlich lebhafter Handgranatenkampf. Vom rechten Maasufer wird kein Infanteriegefecht gemeldet; die Tätigkeit der Artillerie ist in den Abschnitten von Rauc, Chaplre und Le Chénois sehr lebhaft ge-wesen.

Belgischer Bericht: Starke Artillerietätigkeit an der ganzen Front der belgischen Armee, besonders im Abschnitt Stille von Namskapelle und in der Gegend von Steenstraete.

## Die englische Meldung.

London, 29. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. In den letzten 24 Stunden drang eine große Zahl unserer Erkundungs- und Streifpatrouillen an verschiedenen Punkten der ganzen britischen Front in die feindlichen Gräben ein. Alle erreichten ihr Ziel, wobei sie dem Feinde schwere Verluste zufügten und Borräte erbeuteten.

## Von der Westfront.

Basel, 30. Juni. (Z. U.) Nachdem die Pariser Zeitungen während der letzten Tage den Beginn der englischen Offensive bereits als einen vollendeten Sieg in Rechnung und den baldigen Zusammenbruch der deutschen Front in Aussicht gestellt hatten, bliesen sie nun zum Rückzug. Die militärischen Mitarbeiter der Zeitungen sind offenbar vom Kriegsministerium erudiert worden, dem Publikum nicht allzu lehrreiche Illusionen beizubringen, die sich vielleicht doch nicht verwirklichen werden. In allen Betrachtungen über die Kriegslage vom „Matia“ bis zur „Humanität“, wird davor gewarnt, das Ziel der englischen Offensive zu übertreiben und auseinanderzusetzen, daß diese Offensive so beurteilt werden müsse, wie die deutsche Offensive vor Verdun. Die Engländer hätten sich zunächst die Aufgabe gestellt, die Deutschen auf einer ziemlich ausgedehnten Front anzugreifen und festzuhalten und hätten durch die Anhäufung von Reserven an Mannschaften und Munition die entsprechenden Vorbereitungen getroffen.

Vom Kriegsministerium wurde durch die Agence Havas folgende Note verbreitet: Was die Tätigkeit der englischen Artillerie anlangt, so ist sie immer noch sehr lebhaft und wird begleitet durch recht glückliche Handstreichs, die von Aufklärungsabteilungen ausgeführt werden. Aber die Offensive ist erst in der Periode der Vorbereitung. Es ist ein Anfang, dessen Erfolge abgewartet werden müssen ohne übermäßige Ungeduld und ohne zu überstürzte Hoffnung, denn die Rückwirkung dieser Offensive auf anderen Punkten der Front wird sich, wenn sie auch unvermeidlich ist, erst nach einer gewissen Zeit fühlbar machen. Gerade, weil die Ereignisse in Artois in erster Linie ungünstig sein können, ist es wahrscheinlich, daß die Deutschen, weit davon entfernt, sich fogleich von Verdun zu wenden, ihre Anstrengungen verdoppeln werden, um dort einen ausgleichenden Erfolg zu suchen.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 30. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 29. Juni. Westfront: Die Truppen des Generals Leichardt griffen gestern den Gegner im Raume zwischen Dnjester und Pruth nach Artillerievorbereitung an und brachten ihm trotz seines verzweifeltsten Widerstandes eine schwere Schlappe bei. Drei Linien seiner Gräben sind genommen. Erbitterte Kämpfe begannen an der Front des Gortowice, eines Nebenflusses des Dnjester und der Czerniawa, eines Nebenflusses des Pruth. Ebenso brachten unsere Truppen bei der Stadt Kutj in mächtigen Angriffen, unterstützt durch das Zusammenwirken aller Waffen, dem Gegner schwere Verluste bei. Bis gestern 7 Uhr abends sind an Gefangenen, die im Laufe des Tages in unsere Hände fielen, gezählt worden: 221 Offiziere, 10 285 Mann, außerdem eine große Anzahl Maschinengewehre. Eines unserer Kavallerie-Regimenter nahm im Kampf eine ganz schwere Batterie von vier Geschützen nebst vollständiger Ausrüstung. Diese Erfolge erhöhen die Zahl der in der Zeit vom 4. Juli bis zur jetzigen Wiederaufnahme der Operationen gemachten deutsch-österreichischen Gefangenen auf 205 000 Mann, einschließlich Offiziere.

An der übrigen Front in der Bukowina und in Galizien finden an verschiedenen Stellen Artilleriekämpfe statt. In Wolhynien in der Gegend des Dorfes Liniewka am Stochod wird weiter heftig gekämpft.

Nordwestfront: An der Düna feindliche Artilleriefeuer auf den Brückenkopf Uezküll sowie auf die Front bei Jakobstadt und die Stellungen von Lizenhof. Am 30. 6. bei Tagesanbruch griffen die Deutschen nach Artillerievorbereitung gegen unsere Gräben im Raume der Dörfer Rasowozh und Sielce im Walde von Boguzje nordöstlich von Arwo an. Sie wurden durch unser Infanterie- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen.

Kaukasus: In der Richtung von Erzindjan versuchten die Türken im Laufe der Nacht anzugreifen, wurden aber durch unser Feuer abgelenkt. An der Straße von Wagdad griffen die Türken gegen Mittag mit stärkeren Kräften unsere Stellungen bei Serind an. Der Angriff wurde bereits durch unser Artilleriefeuer aufgehalten.

Im Gesecht nordwestlich von Pulkarn an der Front der Rigaer Stellungen zeichnete sich besonders eine Kompanie unserer rumänischen sibirischen Truppen aus. Trotzdem feindliche Artillerie und Minenwerfer Gräben und Drahthindernisse dieser Kompanie zerstört hatten, hielt die am Leben gebliebene Besatzung unter dem Befehl des Leutnants Oberstjiski ihre Stellung und wies alle Angriffe des Gegners im Nahkampf ab, bis Verstärkungen herbeikamen. Die Kompanie verlor bei dieser Kampfhandlung zwei Offiziere und beinahe die Hälfte ihres Bestandes an Toten. Der Leutnant Sobowodnikow derselben Kompanie wurde ebenfalls verwundet. Oberst Zwonow fiel, und Wujemien, der das Gesecht leitete, wurde verwundet, verließ aber seinen Gefechtsstand nicht.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 29. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Zwischen Gisch und Brenta setzten wir gestern unseren fortschreitenden Vormarsch trotz des immer größer werdenden Widerstandes des Feindes in Sperrstellungen, die für eine Verteidigung bis aufs Äußerste vorbereitet sind, fort. Im Brand-Tal eroberten unsere Alpeni nach erbittertem Kampf das Fort Mattassone südwestlich der gleichnamigen Detschaft, während sich unsere Infanterieabteilungen der Abhänge des Monte Trappola bemächtigten. Am unser Vordringen aufzuhalten, unternahm der Feind im Laufe des Abends einen heftigen Angriff in der Gegend der Jugna, der mit sehr schweren Verlusten zurückgewiesen wurde. Auf dem Posujubio eroberten wir feindliche Schützengräben bei der Sennhütte Comagnon. Längs der ganzen Posinafront bis zum Vorcolapah verlangsamten Geländeschwierigkeiten und Feuer schwerer Artillerie unsere Offensive. Indem sie jedoch den Feind von Feld zu Feld verdrängten, gingen unsere Truppen auf Oriso vor und eroberten die starke Stellung der Cima Vetta auf den Hängen des Monte Rojo. Im Aftachtal besetzten wir Pedescala. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden besetzte sich der Feind stark auf dem Nordrand des Affatales und den Höhen auf dem linken Ufer des Galmarara-Tales, sowie auf der Fortsetzung des Affatales bis zum Agnellapah. Das schwierige und bewaldete Gelände begünstigt die Aufstellung von Maschinengewehren, während weiter hinten liegende Batterien schwerer und mittlerer Kalibers des Feindes die Zugänge zu seinen Stellungen ohne Unterbrechung beschießen. Im Laufe des gestrigen Tages haben wir die Befestigung des Südrandes des Affatales verbollständigt. Wir eroberten starke Schützengräben in der Nähe der Cima Gebio und der Cima Ingarella. Längs der ganzen übrigen Front bis zum Karst ist die Lage unverändert. Auf dem Karst drang unsere Infanterie infolge glänzender Angriffe in einige Gräben des Feindes und eroberte andere. Im

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 30. Juni 1916. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Auch gestern und im Verlaufe der Nacht schlugen unsere Truppen englische und französische Vorstöße an mehreren Stellen, bei Nischeburg durch sofortigen Gegenangriff, zurück. Die feindlichen Gasangriffe werden ergebnislos fortgesetzt. Die starke Artillerietätigkeit hielt mit Unterbrechungen an.

Südöstlich von Tahure und beim Gehöfte Maisons de Champagne vorgehende französische Abteilungen wurden blutig abgewiesen.

Links der Maas wurden an der Höhe 304 von uns Fortschritte erzielt. Rechts des Flusses gab es keine Infanterietätigkeit. Die Gesamtzahl der bei unseren Erfolgen vom 23. Juni und bei Abwehr der großen französischen Gegenangriffe eingebrachten Gefangenen beträgt 70 Offiziere 3200 Mann.

Hauptmann Voelde schoß am Abend des 27. Juni beim Gehöfte Thiamont das 19. feindliche Flugzeug ab, Leutnant Parschau nördlich von Péronne am 29. Juni das fünfte. In Gegend von Bourcuilles (Argonnen) wurde ein französischer Doppeldecker durch Abwehrfeuer heruntergeholt.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von einem für uns günstigen Gesecht nördlich des Ilsen-Sees (südwestlich von Dünaburg) ist vom nördlichen Teile der Front nichts Wesentliches zu berichten.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger  
Südöstlich vor Liniewka blieben Gegenangriffe der von unseren Truppen erneut aus ihren Stellungen geworfenen Russen ergebnislos. Es wurden über 100 Gefangene gemacht, 7 Maschinengewehre erbeutet.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalkabsbericht.

Wien, 30. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Kirlibaba schlugen unsere Abteilungen russische Angriffe ab.

Bei Pishyn, nordwestlich von Kutj, kam es gestern neuerlich zu erbitterten Kämpfen. Infolge des Druckes der hier angelegten überlegenen feindlichen Kräfte wurden unsere Truppen in den Raum westlich und südwestlich von Kolsomen zurückgenommen. Nördlich von Oberthyn brachen mehrere russische Weiterangriffe unter schweren Verlusten in unserem Feuer zusammen.

Westlich von Solak am Styr versuchte der Feind vergebens, die tags zuvor von den deutschen Truppen eroberten Stellungen zurückzugewinnen.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe im Abschnitt der Hochfläche von Dobersdauern fort und waren nachts im Raume von San Martino besonders heftig. Unsere Truppen schlugen wieder alle Angriffe der Italiener ab. Nur östlich von Selz ist die Säuberung einiger Gräben noch im Gange. Versuche der feindlichen Infanterie, gegen unsere Poggora-Stellung vorwärts zu kommen, wurden vereitelt.

An der Kärtchner Front scheiterten gegnerische Angriffe auf den großen und kleinen Pal sowie auf den Freilosel. Im Pustertal stehen die Orte Sillian, Jnnichen und Toblach unter dem Feuer weittragender schwerer Geschütze.

Im Raume zwischen Brenta und Gisch hat sich das Bild der Tätigkeit der Italiener nicht geändert; härtere und schwächere Abteilungen griffen an zahlreichen Frontstellen fruchtlos an. Bei einem solchen Angriff auf unsere Borcola-Stellung feuerte die italienische Artillerie kräftig in ihre jügernd vorgehenden Infanterielinien. Die gestrigen Kämpfe brachten unseren Truppen dreihundert Gefangene, darunter fünf Offiziere, sieben Maschinengewehre und vierhundert Gewehre ein.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Bojsua Vorpostengesechte; sonst nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkabs  
von Desefer, Feldmarschalleutnant.

Raufe des Tages machten wir 656 Gefangene, darunter 21 Offiziere, und erbeuteten vier Maschinengewehre sowie viele Waffen, Munition und sonstiges Kriegsmaterial.

Österreichisch-ungarische Flugzeuge warfen heute morgen auf Udine drei Bomben ab. Die eine traf das städtische Krankenhaus, tötete zwei Kranke und verletzte einen dritten. Die anderen Bomben verursachten keinen Schaden, weder an Menschen, noch an Material. Cadorna.

## Neue Einberufungen in Italien.

Bern, 29. Juni. (W. Z. B.) Das italienische Amtsblatt veröffentlicht für den 10. Juli die Einberufung der dritten Kategorie der Jahrgänge 1882 und 1883 aller Bezirke, die bisher beurlaubt waren, ferner der Zurückgestellten der Jahrgänge 1882 bis 1894, die kriegsfähig sind.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. Juni. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Trakfront keine Veränderung. Die russischen Streitkräfte, welche östlich von Serrmil zurückgegangen waren, konnten sich infolge unserer kräftigen Verfolgung in ihren Stellungen bei Kerende nicht halten; die westlich von Kerende bemerzten russischen Nachhuten wurden durch uns vertrieben, und unsere Kerende durschreitenden Truppen verfolgten den Feind in der Richtung auf Kermanischah.

An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel keine Tätigkeit. Im Zentrum Patrouillengesechte, in deren Folge wir dem Feinde einige Gefangene abnahmen. Auf dem linken Flügel fahren unsere Truppen fort, mittels erfolgreicher Operationen fortschreitend vom Feinde gehaltene Stellungen

zu besetzen. Hier wurde das Lager eines feindlichen Bataillons unter wirksamer Artilleriefeuer genommen und das Bataillon zerstreut.

Drei Kriegsschiffe des Feindes, die in den Gewässern von Smyrna kreuzten, warfen erfolglos einige Granaten auf die Küste; die Unsrigen antworteten.

An den anderen Fronten nichts von Bedeutung.

## Seegesecht in der Ostsee.

Amtlich. Berlin, 30. Juni. (W. Z. B.) In der Nacht vom 29. zum 30. Juni haben deutsche Torpedobote russische Streitkräfte, bestehend aus einem Panzerkreuzer, einem geschützten Kreuzer und fünf Torpedobootzerstörern, die offenbar zur Störung unserer Handelschiffahrt entsandt waren, zwischen Paezringe und Landort mit Torpedos angegriffen.

Nach kurzem Gesecht zogen sich die russischen Streitkräfte zurück. Trotz heftiger Beschichtung sind auf unserer Seite weder Verluste noch Beschädigungen zu verzeichnen.

## Anfragen über die Wirtschaftskonferenz im Unterhaus.

London, 28. Juni. (W. Z. B.) Unterhaus. Holt (liberal) fragte Asquith, ob die Regierungen Rußlands und Italiens auf der Pariser Wirtschaftskonferenz der Alliierten vertreten waren, und ob ihre Vertreter den Beschlüssen der Konferenz beigestimmt hätten. Asquith beantwortete beide Fragen bejahend. Holt fragte weiter, ob sich die Vertreter Italiens auf die Vorschläge betreffend Deutschland festgelegt hätten, mit dem sich doch Italien nicht im Kriege befände. Asquith erwiderte: Alles, was ich sagen kann, ist, daß die Italiener den Beschlüssen beigestimmt haben. King (liberal) fragte: Waren nicht tatsächlich alle Vertreter ebenso wie unsere eigenen ohne jede Vollmacht, um die Länder, die sie vertraten, wirklich zu binden? Asquith antwortete: Ich kann nur für unsere eigenen Vertreter sprechen.

## „Politiken“ für die Handelsrechte der Neutralen.

Kopenhagen, 30. Juni. (W. Z. B.) „Politiken“ schreibt zur Aufhebung der Londoner Deklaration durch England an leitender Stelle: Es scheint, daß die Engländer sich für den Rest des Krieges ganz von der Deklaration freimachen wollen. Ganz gewiß sind die vorliegenden Meldungen über die Ausführungen Cecilis unklar, aber die Worte und Wendungen, die Lord Cecil im übrigen angewendet, deuten darauf hin, daß England sich überhaupt nicht durch die in der Deklaration festgesetzten Regeln gebunden fühlen will. Die bisherigen „Verbesserungen“ der Deklaration haben diese berart verändert, daß man nicht leicht sagen kann, was außer Kraft gesetzt worden ist, und was noch als geltend betrachtet werden kann. Unter solchen Umständen ist es keineswegs sicher, daß die Schwereitigkeiten für die neutralen Länder steigen, falls England sich jetzt entscheidet, ganz von der Deklaration abzugehen. Man darf erwarten, daß die englische Regierung sich beständig von dem Gedanken leiten lassen wird, daß die Neutralen einen Anspruch darauf haben, daß ihrer Arbeit im Dienste des Handels und Verkehrs so wenig wie möglich von seiten der kriegsführenden Länder Abbruch geschieht.

## Amerikanische Kritik der Pariser Wirtschaftskonferenz.

New York, 22. Juni. (Zuspruch des Vertreters von W. Z. B., verspätet eingetroffen.) Die führenden amerikanischen Blätter fahren fort, die Ergebnisse der Wirtschaftskonferenz in Paris zu beschreiben oder zu verpöhlen. „New York Times“ sagt: Die Erklärung der Konferenz für die Errichtung einer dauernden Schranke gegen den deutschen Wettbewerb ist nur eine Veranstaltung, den Krieg nach dem Frieden fortzuführen, und ein Friede in dieser Gewandung ist überhaupt kein Friede, sondern nur ein durch physische Erschöpfung notwendig gewordener Waffenstillstand. Der Friedensvertrag sollte nicht nur den physischen Kampf, sondern auch alle wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen beendigen. Was ist also die Folgerung aus diesem Vorschlage, einen Nachkrieg zu organisieren? Soll man folgern, daß die Alliierten ihren eigenen Vertretern oder jeder Alliierte denen der anderen es nicht anvertrauen können, geeignete Friedensbedingungen auf der Weltkonferenz festzusetzen, welche zur Beendigung des Kampfes berufen werden wird? — „New York World“ verpöht die Pläne der Alliierten, einen „latenten Krieg“ zu vermeiden, als mit den von ihnen selbst zu Beginn des Krieges so viel versprochenen Theorien Bernhards in Einklang stehend, und sagt, das Beste, was man für ihre Pläne sagen könnte sei, daß Erfolge davon unmöglich wären. Wenn infolge ihrer engen Handels- und finanziellen Verbindungen Deutschland und Italien auch jetzt noch im Frieden miteinander seien, wie groß müßte die Macht solcher Bande über den ganzen Handel der ausgehungerten Völker sein, wenn der Krieg vorüber sei! — „Brooklyn Eagle“ sagt: Die hohe Geschicklichkeit der Deutschen in der Industrie und auf anderen Gebieten kann nicht so leicht beiseite geschoben werden und die Verarmung Deutschlands und Österreich-Ungarns für immer ist kein klug gewähltes Ziel moderner Zivilisation. — „Globe“ meint: Es ist weder möglich noch wünschenswert, Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung in eine Ummarmung einzuschließen; die Welt bedarf der Früchte deutschen Geistes. Der Pariser Plan bedeutet hierin einen verhängnisvollen Fehler und nimmt keine Rücksicht auf die Neutralen.

## Das Oberhaus über die irische Frage.

London, 28. Juni. (W. Z. B.) Oberhaus. Lord Middleton wünschte von der Regierung eine Erklärung über die irischen Verhandlungen. Lord Crewe erwiderte, Lord Middleton leiste dadurch keinen öffentlichen Dienst, daß er in diesem Augenblick die irische Frage berühre, und forderte das Haus auf, die Frage ruhen zu lassen. Die Regierung wünsche mehr Zeit, um die Vorschläge über Irland weiter zu überlegen. Lord Salisbury sagte, er wolle die Vertreter der Regierung heute nicht drängen, aber er würde morgen die Frage stellen, ob die Regierung alsbald dem Parlament bekanntgeben wolle, worin die Vorschläge beständen, die Lord George, Sir Edward Carson und Redmond machten und auf welcher Befugnis diese Vorschläge beruhten, und ob sie den Bericht von der Kommission Lord Hardinges über den Zustand und die Mittelungen, die die Regierung über die Verbreitung der unzuverlässigen Stimmung in den drei sächlichen Provinzen habe, veröffentlichen wolle.

Rotterdam, 30. Juni. (W. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Oberhaus verlangte Lord Salisbury Aufklärungen über die irischen Verhandlungen. Er fragte, ob bei Einführung einer irischen Autonomie die Selbstverwaltung treuen Unterthanen oder Feinden des Königs verliehen werden würde. Lord Crewe antwortete darauf und sprach seine Mißbilligung darüber aus, daß die Angelegenheit in diesem Stadium zur Sprache gebracht werde. Lord Middleton sagte, man habe den denkbar schlechtesten Zeitpunkt gewählt. Wenn

Jetzt in Island allgemeine Wahlen stattfinden, würde man eine deutsch-freundliche Mehrheit erhalten. Lord Lansdowne teilte mit, daß das Kabinett bezüglich der irischen Vorschläge noch keine Entscheidung getroffen habe. Selbst in diesem Augenblick seien noch Punkte von einschneidender Wichtigkeit in Beratung. Die Fortsetzung des Krieges bilde die einzige Sorge der Regierung. Die Regelung der irischen Frage habe noch keine festen Formen angenommen. Lloyd George sei zwar zu Verhandlungen ermächtigt, die Regierung sei aber in keiner Hinsicht gebunden, die Vorschläge anzunehmen.

Lord Hugh Cecil schreibt in einem Briefe an die „Times“ über die irische Frage, es komme einzig und allein darauf an, welchen Einfluß sie auf den Krieg haben werde. Ein Ausgleich würde keine Ruhe und Versöhnung bringen, da man Verrat und Unruhe von Seiten der Sinnfeiner und der Republikaner befürchten müßte, die nicht versöhnt werden würden. Cecil schlägt als einzig mögliche Lösung eine kräftige und gerechte Anwendung des Gesetzes vor.

## Die Wirtschaftskarte in Paris.

Im Ministerium des Innern fand eine Zusammenkunft der Vertreter der Pariser Stadtbehörde und der zugehörigen Präfecten zwecks Beratung über die Versorgung von Paris mit Kartoffeln und Fleisch statt. Es wurde die Forderung gestellt, daß die notwendigen Mengen auf dem Wege der Verschlagnahme zur Verfügung der Stadt Paris gestellt würden. Minister Walrus zeigte sich diesem Plane geneigt. Im Laufe der Erörterungen wurde die Schaffung einer Wirtschaftskarte besprochen, ohne daß ein Beschluß darüber gefaßt wurde.

## Die bulgarischen Finanzen.

Sofia, 29. Juni. (W. T. V.) Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur. Der Budgetentwurf, dessen Annahme durch die Sobranje bevorsteht, enthält ein Eppis über die Finanzlage Bulgariens. Daraus geht hervor, daß das Gebahrungsjahr 1914 einen Fehlbetrag von 22 Millionen und das Gebahrungsjahr 1915 einen solchen von etwa 80 Millionen ergeben hat, während das Gebahrungsjahr 1916 wahrscheinlich einen Abgang von etwa 100 Millionen aufweisen wird. Das Eppis sagt, daß die großen militärischen Ausgaben, die der Staatskassa seit vier Jahren machte, die durch den Krieg verurteilte Vermehrung der ordentlichen Ausgaben und die Verringerung der Einnahmen das rasche Anwachsen der Staatskassa herbeigeführt haben, die Ende Mai die Summe von 1.697.768.972 Franc erreichte. Nach den bis Ende des Jahres 1916 vorgesehenen außerordentlichen Ausgaben und nach Bezahlung der in Deutschland gemachten militärischen Vorkaufungen wird die Gesamtsumme zwei Milliarden übersteigen. Mit Rücksicht jedoch auf die großen Ausgaben, die das Land im Auge hat, kann diese Ziffer wieder das Volk beunruhigen noch keine Energie schwächen. Sobald der Friede die ehrene Arbeit des Volkes der Arbeit und dem Schaffen zurückgegeben haben wird, wird die Staatskassa nicht bloß nicht weiter wachsen, sondern rasch sinken.

## Serbische Nachmusterung in Griechenland.

Bern, 30. Juni. (W. T. V.) „Matin“ meldet aus Athen, daß eine serbische Nachmusterungskommission in Athen eingerichtet wird, um die Nachmusterung sämtlicher Zurückgestellten aller Jahrgänge vorzunehmen. Diese Maßnahme sei infolge der Anwesenheit zahlreicher serbischer Flüchtlinge nötig geworden.

## Amerikanische Rüstungskredite.

Washington, 29. Juni. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Kongreß hat die Gesetzentwürfe angenommen, durch welche Angehörige der Miliz in die reguläre Armee überführt werden und 27 1/2 Millionen Dollar für ihre Beförderung an die Grenze, die rasch von Statten geht, bewilligt werden. Die Gesandten von Bolivien und San Salvador haben ihr Vermittlungsangebot erneuert. Staatssekretär Lansing erwiderte, daß er zur Erörterung einer Vermittlung erst geneigt sei, wenn die Gefangenen tatsächlich freigelassen seien und wenn er die Antwort Carranzas auf die amerikanische Note erhalten habe.

## Politische Uebersicht.

### Nur die Konservativen?

Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die Anschauungen der Knapp und Junius alter ganz allgemein von den Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und Teilen der übrigen bürgerlichen Parteien vertreten werden. Nur die Form, in der die Tages- und Zeitschriftenpresse jener Parteien die Wünsche Knapps vorbringt, ist eine etwas ruhigere als der bisherige Generallandschaftsdirektor und der genannte Verfasser der Junius alter - Broschüre sie beliebt haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt Gelegenheit, im Anschluß an eine Resolution des Parteitagess der Sächsischen Nationalliberalen, auf den wir noch zurückkommen wollen, diese Tatsache ausdrücklich zu unterstreichen. Nicht nur die sächsischen, sondern alle nationalliberalen Parteiorganisationen stehen in „den großen politischen Kriegssfragen auf dem Standpunkt, den die Mehrheit der Konservativen vertritt.“ Nach dieser Bestimmung fährt das konservative Blatt wörtlich fort:

„Gegenüber den Versuchen, die Konservativen in diesen Fragen als isoliert hinzustellen, möchten wir übrigens noch darauf hinweisen, daß doch auch die sechs großen Wirtschaftsverbände, die die bekannte Eingabe an den Reichskanzler gerichtet haben, im wesentlichen auf dem gleichen Standpunkt stehen wie die große Mehrheit der Konservativen und, wie zur Sicherheit gleich noch hinzugefügt sei, der Nationalliberalen. Diese Wirtschaftsverbände aber umfassen politische Schattierungen, die weit in das Zentrum, ja auch in den links gerichteten Liberalismus hineinreichen. Wir möchten hoffen, daß die haltlosen Versuche, das Ringen um den richtigen Weg in Lebensfragen der Nation als einen Kampf einer „konservativen Fronte“ gegen den Reichskanzler hinzustellen, nunmehr endlich aufhören werden. Sie widerstreiten nicht nur den Tatsachen, sondern sind auch geeignet, eine Aubeinandersehung, die um des Vaterlandes willen den Boden der Sachlichkeit nicht verlassen darf, zu verschärfen, ja zu vergiften.“

Wir können nicht bestreiten, daß in der Tat die Kriegszieleforderungen, die von den Konservativen aufgestellt werden, auch von einflussreichen Mitgliedern der Liberalen und der Zentrumspartei vertreten werden. Eins der charakteristischsten Beispiele dafür ist eine süddeutsche Eingabe, die von zahlreichen liberalen Politikern und den Vorsitzenden der liberalen und katholischen Arbeiterverbände Bayerns unterzeichnet worden ist.

### Der innere Kampf nach dem Kriege.

Wie man sich in gewissen, leider nur allzu einflussreichen Schichten des deutschen Adels die „Neuorientierung“ der inneren Politik vorstellt, möge folgendes beleuchten.

H. v. Zittwitz schreibt unter dem Thema „Der innere Kampf nach dem Kriege“ in Nr. 5 des „Deutschen Adelsblattes“ u. a.:

„Das Selbstbewußtsein der heimkehrenden Krieger, die das Vaterland mit der Waffe verteidigten, wird dazu dienen, daß mehr oder weniger gebildete Agitatoren, die ihren Ehrgeiz im militärischen Dienst nicht befriedigt sahen, einen Nährboden gewinnen, um die allgemeine Unzufriedenheit zu steigern. — Man wird wohl heute kaum sagen können, ob die Sozialdemokratie nach dem Kriege eine Stärkung oder Schwächung erfahren wird. Sicherlich wird sie aber trotz der gegenwärtigen nationalen Begeisterung ihrer Mehrheit auch nach dem Kriege ihre Prinzipien zu verwirklichen suchen und eine ständige Gefahr für den Staat der Hohenzollern bleiben, der sich im Weltkriege als Träger der christlichen Sitte in unerreichter Heldenkraft erwiesen hat.“

Was muß von Seiten des Reiches, des Staates und der führenden Kreise des Volkes geschehen, um diesen inneren mit Sicherheit zu erwartenden Kampf in die Bahnen zu lenken, die eine segensreiche nationale Entwicklung verbürgen?

Ist von Seiten der Gesetzgebung eine durchgreifende Hilfe möglich? Kann der Staat durch verschärfte legislatorische Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie etwas erreichen oder durch eine weitläufige soziale Gesetzgebung das Uebel an der Wurzel fassen? Sicherlich wird das eine wie das andere nur in bescheidenem Maße möglich sein.“

Die Neuorientierungs-Schwärmer und Harmonieapostel der sozialdemokratischen Mehrheitspolitik können auch aus dieser in ihrer Art dankenswerter ehrlichen Stimme hören, was die Vertreter einer Klasse, die geliebte ist, was sie war, vom Umlernen halten. Ob sie freilich hören wollen, ist eine andere Frage. Wir wollen aber dafür Bekenntnisse, wie das obenstehende, desto tiefer in unser Gedächtnis einprägen.

### Noch nicht zufrieden.

Während die meisten bürgerlichen Blätter sich jeden politischen Kommentars zu der Verteilung Liebknechts enthalten, hält es die konservative „Deutsche Tageszeitung“ für angezeigt, anzudeuten, daß ihr das Urteil noch nicht weit genug gehe. Bekanntlich sind dem Genossen Liebknecht die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt worden; er wird also sein Mandat als Reichstags- und Landtagsabgeordneter behalten. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt nun dazu:

„Hier ist auch der Punkt gegeben, wo vermutlich über das Urteil Meinungsverschiedenheiten herrschen werden. Dem Gefühl wird es wohl in weitesten Kreisen unseres Volkes widerstreiten, daß jemand, der wegen verurteilten Kriegsverrats zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, trotzdem würdig bleiben soll, das deutsche Volk im Parlament zu vertreten. Auf der anderen Seite wird man es wohl vorwiegend billigen, daß das Gericht Panatismus als leitenden Grund zu der Handlungsweise Liebknechts angesehen und demgemäß, auch bei der Abmessung der Strafe von dieser Grundlage ausgegangen ist. . . . Nach dem Gericht aber ein im Sinne des Gesetzes nicht erschöpfendes Grundmotiv für die Straftat an, dann bestand auch wohl, wie wir . . . annehmen möchten, nicht die Möglichkeit, durch ausdrückliche Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte den Angeklagten auch aus dem parlamentarischen Leben auszuschalten.“ (2)

### Aus der Nationalliberalen Partei.

Der Nationalliberale Verein Hannover hat folgende Resolution gefaßt:

„Die Hauptversammlung des Nationalliberalen Vereins Hannover stimmt der kraftvollen Entscheidung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei in allen Punkten zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die im Interesse der Vorkämpfung des Krieges und der Klärung der öffentlichen Meinung erhabenen Forderungen zum Heile des Vaterlandes baldigst in Erfüllung gehen. Die Hauptversammlung unterstreicht ferner die erneut vom Reichskanzler ausgeprochene Parole der Einigkeit. Sie warnt infolgedessen dringend vor einer weiteren Verschärfung der Gegensätze zwischen Stadt und Land und vor unzeitigem Anknüpfen innerpolitischer Streitfragen. Nur das nationale Interesse am Ausgange des Krieges und der Sicherung einer machtvollen Zukunft darf zwischen den Schichten die politische Sorge der Nation sein.“ (2)

### Anrechnung des Kriegsdienstes bei Beamten.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Beschluß des preussischen Staatsministeriums hinsichtlich der Grundzüge über die Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten. Darin heißt es unter anderem:

1. Höheren Beamten, bei denen die Fähigkeit zur Verrichtung ihres Amtes von dem Bestehen einer Prüfung abhängt, wird bei Bestimmung des Dienstalters, sofern dieselbe gemäß dem Zeitpunkt des Bestehens der Prüfung zu erfolgen hat, die Zeit ihres Kriegsdienstes insoweit angerechnet, als infolge des Kriegsdienstes die Ablegung der bezeichneten Prüfung nachweislich später stattgefunden hat.

2. Mittleren und Kanzleibeamten wird bei Feststellung des Dienstalters, welches für ihre Verfassung zur ersten etatsmäßigen Anstellung in Betracht kommt, die Zeit ihres Kriegsdienstes insoweit angerechnet, als sie infolge des Kriegsdienstes die Befähigung zur Verrichtung des betreffenden Amtes nachweislich später erlangt haben.

Auf Militärantwärtier findet auch § 15 der Anstellungsgrundzüge mit ihren Ergänzungen Anwendung.

Dem Kriegsdienst kann bis zum 31. Dezember von neun Monaten hinzugerechnet werden die Verzögerung, die eintritt: infolge einer im Kriegsdienst erlittenen und über die Zeit nach der Beendigung des Kriegsdienstes hinaus wirkenden, mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Gesundheitsschädigung.

### Steuerzuschläge in Bayern.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten beschloß, den Fehlbetrag von 22 1/2 Millionen im bayerischen Haushalt durch Zuschläge zu den direkten Steuern zu decken. Die Zuschläge sollen im Gegensatz zum Regierungsvorschlag nicht gleichmäßig alle Steuerstufen mit 30 Prozent treffen, sondern mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der unteren und mittleren Klassen während des Krieges ausnahmsweise so verteilt werden, daß Einkommen bis 1800 M. von Zuschlägen frei bleiben, während die höheren Einkommen mit 10 bis 50 Prozent belegt werden, der 50 prozentige Zuschlag beginnt bei einem Einkommen von 150 000 M. Ferner stimmte die Kammer Anträgen zu, welche Erleichterungen zugunsten des stark belasteten Hausbesitzes und Gewerbes vorsehen.

### Zwangshyndizierung der Zementindustrie.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 29. Juni 1916 eine Bekanntmachung über Beschränkungen des Absatzes und die Erzeugung des Zements erlassen. Danach ist der Abschluß von Lieferungsverträgen für die Zeit nach dem 31. Dezember 1916 bis zum 1. Dezember 1917 verboten. Der Reichskanzler kann darüber hinaus Beschränkungen für den Abschluß von Lieferungsverträgen anordnen. Weiter wird die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen sowie die Umwandlung bestehender Anlagen in Anlagen von Zement verboten; soweit die Errichtung, Erweiterung oder Umwandlung vor dem (am Tage der Verkündung erfolgten) Inkrafttreten der Verordnung begonnen wurde, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Der Reichskanzler kann jedoch die Fortsetzung der Errichtung, Erweiterung oder Umwandlung unter-

Die Ausübung der nach den §§ 2 und 3 der Bekanntmachung dem Reichskanzler zustehenden Befugnisse wird einer besonderen Dienststelle, der „Reichsstelle für Zement“ übertragen werden. Die Verordnung bezweckt Konkurrenzämpfe während des Krieges zu vermeiden.

### Zentralstelle für Soda.

Durch freiwilligen Zusammenschluß der im Schutzbild deutscher Sodafabriken vereinigten oder ihnen angeschlossenen Unternehmungen und der Hersteller von salinierter Soda ist eine Zentralstelle für Sodaverteilung gebildet worden.

In Zukunft werden regelmäßig allmonatliche Erzeugung und Bedarf von Produzenten und Verbrauchern angemeldet und hiernach ein Verteilungsplan aufgestellt werden. Der Soda-bezug ist nur noch gegen besondere Verpflichtungsscheine möglich.

### Einschränkung der Herstellung von Schuhwaren.

Für gewerbliche Betriebe mit mindestens vier gewerblichen Arbeitern, in denen Schuhwaren mit ledernen Unterboden hergestellt werden, ist eine sofort gültige Verordnung erlassen, aus der wir nachstehende Bestimmungen wiedergeben:

Die Arbeitszeit in Werkstätten oder Fabriken darf vierzig Stunden einschließlich der Pausen nicht überschreiten. Den Hausarbeitern darf wöchentlich höchstens sieben Zehntel der Durchschnittsmenge in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. Mai 1916 zugeteilt werden. Diese Vorschriften finden auf alle mit der Anfertigung, Bearbeitung und Ausbesserung der Schuhwaren sowie mit Einrichten, Ausgeben und Abnehmen beschäftigten Personen Anwendung.

Zwecks Weiterleitung der Vorkaufungen an die Bezirkskommissionen ist die Gründung einer Reichslederhandels-gesellschaft m. b. H. (R. L. H. G.) mit einem Gesellschaftskapital von 20 000 M. erfolgt.

Um zu verhindern, daß einzelne Schuhwarenbetriebe sich den von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vereinbarten Leistungen zur Unterstützung ihrer erwerbsbeschränkten Arbeiter entziehen, sollen in Zukunft bei Zuteilung von Vorkaufungen nur diejenigen Arbeitgeber berücksichtigt werden, die die von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder aufgestellten Lohnsätze innehalten.

### Regelung der Paßpflicht.

Eine neue Paßverordnung wird im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Neu ist vor allem die Einführung eines deutschen Sichtvermerks für deutsche Pässe. In diesem müssen angegeben sein die Grenzangabestelle, Zeit der Ausreise, Reiseziel und Zweck, Dauer des Aufenthalts im Ausland usw. Der Reichskanzler kann aber Befreiung von diesem Erfordernis allgemein gewähren. Für den kleinen Grenzverkehr können die Militärbehörden andere Ausweise gestatten oder Befreiung von dem Sichtvermerk gewähren. Die Pässe sind in der Regel für ein Jahr, keinesfalls länger, auszustellen. Kinder unter 12 Jahren erhalten keinen Paß. Familienpässe werden nicht mehr ausgestellt. Ältere Familienpässe bleiben bis zum 30. September gültig. Kinder unter 12 Jahren bedürfen eines Ausweises über Namen, Alter und Wohnort. Deutsche Pässe dürfen nicht ausgestellt werden, wenn der Verdacht besteht, daß der Paß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde. Für die Ausstellung der Sichtvermerke sind zur Ausreise die Verwaltungsbehörden des Wohnortes oder Aufenthaltes zuständig. Der Sichtvermerk darf nur erteilt werden, wenn die Notwendigkeit der Reise ausreißend und einwandfrei dargetan ist und der Zweck öffentlichen Interessen nicht zuwiderläuft. Sie muß verfaßt werden, wenn u. a. allgemeine wirtschaftliche Interessen geschädigt würden oder der Verdacht besteht, daß Vermögen der Steuerpflicht entzogen werden soll.

## Letzte Nachrichten.

### Die Folge des Blutbades von Galax.

Bukarest, 30. Juni. (W. T. V.) Die Sozialisten hielten heute vormittag eine öffentliche Versammlung ab, um gegen die Haltung der Behörden und Truppen in Galax Einspruch zu erheben. Die Teilnehmer, von denen die Mehrzahl im Versammlungslokal nicht Platz fand, saßten folgenden Beschluß:

„Der verlangen sofortige Entlastung der Sozialisten und Verhaftung des Präfekten, des Bürgermeisters, des Ersten Staatsanwalts und des Leutnants Giade, der die Truppen befehligte. Die rumänische Regierung soll mit der zwecklosen Politik, die zur Ausschüderung des Landes und zum Kriege führe, brechen. Die Anwesenden erklären, daß sie ihren Widerstand nicht früher einstellen werden, bis die rumänische Regierung sich für eine ansässige Neutralität entschließt, die das Volk vor einer Sinnedung für falsche Ideale bewahrt.“

Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer, etwa sechstausend Personen, an der russischen Gesandtschaft und einigen Heftblättern des Verbandes vorbei, wo sie feindselige Kundgebungen veranstalteten. Die Stadt war militärisch stark besetzt; die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

Die sozialistische Parteileitung erklärt, bis auf weiteres täglich Versammlungen abhalten zu wollen. Gleichzeitig mit dem allgemeinen Zustand in Bukarest, dem sich fast alle Arbeiter anschließen, findet ein allgemeiner Ausstand in Ploesti und Traiava statt.

Bukarest, 30. Juni. (W. T. V.) Der Präfekt des Galaxer Bezirkes Guß, dem die Presse die Mitschuld an dem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Truppen zuschreibt, ist vom Amt zurückgetreten. Der erste Staatsanwalt wurde verhaftet. Angeklagt sollen beide bei dem Zusammenstoß nicht zur Stelle gewesen sein.

Rakowski, gegen den sich die Untersuchung hauptsächlich richtet, ist in Galax auf freiem Fuß belassen worden.

Budapest, 30. Juni. (W. T. V.) „Az Est“ meldet aus Budapest: Infolge der jüngsten Unruhen hat die Regierung ein Verbot von Straßenkundgebungen erlassen. Versammlungen dürfen bis auf weiteres nur in geschlossenen Räumen abgehalten werden.

### Das bayerische Postreservat.

München, 30. Juni. (W. T. V.) Bei Beratung des Postetatss in der Kammer der Abgeordneten erklärte der Verkehrsminister über das Postreservat: Die bayerischen Verkehrsminister haben den Beweis der Berechtigung ihrer Selbständigkeit erbracht. Sie stehen in ihren Leistungen hinter keiner der anderen Verwaltungen zurück. Die bayerische Postverwaltung ist ein Teil der Selbständigkeit der bayerischen Post, und ich muß den Wunsch nach Aufhebung derselben ablehnen. Wir können sehr wohl gute Deutsche sein, auch wenn wir unsere bayerische Postverwaltung behalten. (Lebhafte Beifall rechts.) Ein Antrag des Zentrums, die Regierung zu ersuchen, entgegen dem Beschluß des Reichstags vom 3. Juni, an der bayerischen Postverwaltung mit allem Nachdruck festzuhalten, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

### Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Madrid, 30. Juni. (W. T. V.) Aus Ceuta hier eingetroffene Reisende teilen mit, daß es zu einem Kampfe mit den Marokkanern gekommen sei. Unter den Gefallenen soll sich ein Major und ein Hauptmann befinden. Spanische Kriegsschiffe beschossen die Küsten. Der Kampf dauere an.

# Gewerkschaftliches.

## Große Störungen im Baugewerbe.

In den bürgerlichen Tagesblättern wie auch in der Unternehmerpresse ist in den letzten Tagen eine Notiz erschienen, in der von voraussichtlich neuen Störungen im Baugewerbe die Rede ist, die bei der nach der Vereinbarung vom 3. Mai d. J. zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den Bauarbeiterorganisationen am 1. Juli eintretenden Erhöhung der Steuerzulage eintreten könnten. Die Ursache für solche Störungen soll darin zu suchen sein, daß die von dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an die Reichsämter, Staatsministerien und Stadtverwaltungen gerichteten Erstattungsanträge dieser Steuerzulage bisher in den wenigsten Fällen beantwortet worden sind.

Diese Notiz, die von einer interessierten Stelle aus dem Lager des Arbeitgeberbundes stammt, ist insofern irreführend, als durch die Nichtbeantwortung der Unternehmeranträge die vereinbarte Steuerzulage in irgendeiner Weise berührt werden könnte. Diese steht fest und ist nicht abhängig von einer Zusage oder Ablehnung der Unternehmervorschläge und -anträge durch irgendwelche Behörden oder Verwaltungen. Es handelt sich also um eine rein private Angelegenheit der Unternehmer. Allerdings wird die Haltung der genannten Körperschaften in dieser Frage vielleicht einzelnen Unternehmern Veranlassung geben, die sowieso nicht gern gezahlte Steuerzulage den Arbeitern vorzuenthalten. Aber dann wird es die Aufgabe des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sein, diese Außenseiter zur Ordnung zu rufen. Nötigenfalls werden auch die Arbeiter schnellstens nachhelfen und solche Störungen zum Verschwinden bringen.

### Deutsches Reich.

#### Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands

hält am 11. September einen außerordentlichen Verbandstag in Berlin im Gewerkschaftshaus ab. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen und Verichterstattung derselben.)
2. Geschäftsbericht des Vorstandes; Bericht des Ausschusses und der Hauptkassenrevisoren.
3. Bericht über die bisherigen Reichsarbeitsverhandlungen und Stellungnahme zum Ablauf der Tarifverträge.
4. Wirkung der Bundesratsverordnung bezüglich Streikung der Arbeit in der Bekleidungsindustrie auf die Beschäftigung unserer Mitglieder und die Arbeitslosenfürsorge.
5. Stellungnahme zum Heimarbeiterschutz.
6. Die Frauenarbeit in der Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie.

Der Vorstand und Ausschuss begründen die Berufung wie folgt: Der 13. ordentliche Verbandstag war zum 10. August 1914 nach Nürnberg einberufen und die Wahl der Delegierten war auch bereits vollzogen, als der Krieg ausbrach, der eine Vertagung des Verbandstages notwendig machte. Selbstverständlich wurde damals nicht mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet und wir glaubten die Abhaltung des Verbandstages soweit hinauschieben zu können, bis der Friede unter den Völkern wieder eingeleitet und unsere zum Seeresdienst einberufenen Mitglieder wieder zurückgeführt seien. Wir sind auch jetzt nach der Meinung, daß der ordentliche Verbandstag erst nach Beendigung des Weltkrieges abgehalten werden soll. Es sind aber während dieser Zeit eine Anzahl Fragen aufgetaucht, die dringend einer Lösung bedürfen, deren Beratung aber einen außerordentlichen Verbandstag notwendig machen. Wir berufen deshalb den außerordentlichen Verbandstag zum Montag, den 11. September d. J. nach Berlin (Gewerkschaftshaus) ein.

## Verschmelzung der Angestellten- mit der Invalidenversicherung.

Seit je ist die Sozialdemokratie für eine Angliederung der Angestelltenversicherung an die allgemeine Versicherung eingetreten. Mit ihr manche Sozialpolitiker. Trotzdem wurde leider im Jahre 1911 eine Sondergestaltung der deutschen Angestelltenversicherung beschlossen. Jetzt tritt in der Zeitschrift für die Versicherungs-Wissenschaft Professor Dr. Alfred Ranes für eine Verschmelzung beider Versicherungen ein. Die für die Angestelltenversicherung erfolgte Schaffung einer vollständig neuen Verwaltungsorganisation mit einem höchst kostspieligen Beamtenapparat müsse als volkswirtschaftliche Verschwendung bezeichnet werden. Betragen doch schon jetzt jährlich die Verwaltungskosten 3 Millionen Mark, und 10 Millionen Mark sollen für ein Gebäude veranschlagt werden, in das die Reichsversicherungsanstalt einzühen soll, ein Gebäude mit Arbeitsräumen für 8000 Beamte, nur um 185 000 Angestellte, die mehr als 3000 bis 5000 Mark Jahresverdienst haben, unter Zwangsversicherung zu bringen. Wenn Ende 1911 bei der eigenartigen Lage des Reichstages unsere

gesetzgebenden Stellen über alle Entwendungen hinweggegangen sind und das Gesetz beschlossen haben, wie es heute ist, so erscheine es auf den ersten Blick völlig unangebracht, den alten Streit von neuem heraufzubeleben. Man bedenke aber den Unterschied in unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Lage damals und heute in der Zukunft. Hätte man die Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung einzugliedern unterlassen, auch wenn man gewußt hätte, daß die Sozialdemokraten im Schlingengab sich gerade so gut, tapfer, zuverlässig und ausdauernd bewährten wie die Angehörigen aller anderen Parteien? Die früheren Auseinandersetzungen von neuem auslösen zu lassen, besteht aber auch deswegen wohlgegründeter Anlaß, weil die Möglichkeit einer Umkehr von dem falschen Wege jetzt noch besteht. Denn die lange Parteizeit, die das Angestelltenversicherungsgesetz vorliegt, habe bewirkt, daß bisher noch keine Rentenbezüge aus ihr erwachsen sind. Die ganze Organisation habe daher bis jetzt nicht festen Fuß im Volke fassen können. Wenn nun die Möglichkeit bestünde, den Versicherten finanziell im wesentlichen das gleiche zu bieten wie das jetzige Gesetz es vorsieht, aber zu sehr viel niedrigeren Verwaltungskosten unter erheblicher Vereinfachung der gesetzlichen Grundlagen im Anschluß an längst bewährte Sozialbehörden, wenn gleichzeitig mit diesem Umbau die Einbeziehung weiterer Kreise in die Arbeiterversicherung durch die längst im Auge gefaßte Heraushebung der Lohngrenze durchgeführt wäre, warum sollte man dann davon zurücktreten, das Gesetz von 1911 entsprechend umzuformen?

Prof. Dr. Ranes will mit seinen Ausführungen zunächst keine andere Wirkung erzielen, als eine neue Erörterung des alten Problems in weitesten Kreisen herbeiführen. Für die Beseitigung der Angestelltenversicherung als Sonderversicherung und für ihre Aufnahme in die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unter entsprechender Erweiterung dieser sprechen vor allem die Erwägung, daß der Endzweck unserer Sozialversicherung, nämlich den sozialen Frieden in weitestem Umfange zu schaffen, gefährdet wird, weil die Zwangsversicherten geradezu in solche einer ersten und einer zweiten Klasse durch die beiden verschiedenen Gesetzgebungen getrennt werden.

Sind Gesetzgeber und Parteien noch heute der Auffassung, daß die durch die Trennung der Sozialversicherung bewirkte künstliche Verstärkung und Festlegung von Klassengrenzen zwischen Arbeitern und Angestellten angebracht ist? Wäre es nicht vielmehr eine Forderung der gesunden Vernunft nach einem so gewaltigen Ringen des geeinten deutschen Volkes, solche Gegensätze durch Gesetzesänderung zu überbrücken, zumal doch der allergrößte Teil der Angestellten der Arbeiterversicherung bereits dauernd angehört?

Die doppelte Organisation, die doppelte Verwaltung und doppelte Rechtsprechung in Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherungssachen werde, wenn erst das jetzige Gesetz voll in Wirksamkeit käme, verwirrend und abträglich in weiten Volkskreisen wirken. Die doppelte und umständliche Beitragsentrichtung, die zweifachen Renten, die von zwei verschiedenen Stellen ausgehende Heilbehandlung, die nach verschiedenen Grundätzen gehandhabt wird und zu verschiedenen Zeiten eintritt, wird die gesamte Sozialversicherung nur weniger volkswirtschaftlich machen.

Auch finanzpolitisch sei die völlige Zentralisierung der Angestelltenversicherung, die naturgemäß einen bürokratischen Geschäftsbetrieb zum Schaden der Versicherten im Gefolge haben muß, keineswegs gleichgültig; denn die Konzentrierung der gewaltigen Deckungsmittel, die sich aus Jahreseinnahmen von 150 bis 200 Millionen Mark ergeben, fließen zum Nachteil der Provinzen und Bundesstaaten, aus denen sie stammen, in eine Zentralkasse in Berlin. Muß diese Tatsache nicht zur Anwendung fiskalischer Grundzüge auch bei der Geldanlage führen? Der Ausbau der gemeinnützigen Wohnungs-, Heimstätten- u. v. m. Vorhaben steht überall auf der Tagesordnung. Wie sollen die Gemeinden, Genossenschaften, Vereine u. v. m. den nach dem Kriege hervortretenden gewaltigen Anforderungen genügen, wenn ihnen dafür, wie jetzt, nur die billigen Geldmittel der Landesversicherungsanstalten zur Verfügung stehen?

Daß die Verschmelzung beider Organisationen ungeheure finanzielle und organisatorische Vorteile ergeben würde, ist von der Sozialdemokratie vor Einführung der Angestelltenversicherung vergeblich dargelegt. Aus den Darlegungen des Professors Ranes erhellt, daß die Erkenntnis von der Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung im Wachen begriffen ist. Interessant ist die Feststellung durch Professor Ranes, daß die Gestaltung der von der Sozialdemokratie bekämpften Sonderversicherung auf den Wunsch zurückzuführen ist, dem Ansturm der Sozialdemokratie zu verdanken ist. Bismarck anerkannte dies wiederholt; so am 26. November 1884, als er im Reichstag erklärte: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine ganze Menge Leute sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existieren.“ Zugestimmen ist dem Professor Dr. Ranes durchaus darin, daß wenn auch erst jetzt nachträglich eine Verschmelzung beider Versicherungen stattfände, eine Ersparung von vielen Millionen stattfinden würde.

## Berichtszeitung.

### Vorsichtspflicht für Autofahrer.

Am Mittwoch bestätigte das Reichsgericht ein kammergerichtliches Erkenntnis, das den Autofahrern besondere Vorsicht zur Pflicht macht. Nach der vom Reichsgericht bestätigten Ansicht des Kammergerichts müssen Kraftwagen an Straßenbahnhaltestellen auf die ein- und aussteigenden Straßenbahnfahrergäste Rücksicht nehmen und deshalb ganz besonders vorsichtsfahren. Hat der Kraftwagenführer nicht jede nach den Umständen gebotene Sorgfalt beobachtet, so haftet der Autofahrer nach dem Kraftfahrzeuggesetz ohne weiteres für den entstandenen Schaden.

Ein Fahrgast war eines Nachts gegen 2 Uhr an der Ecke der Potsdamer und Eichhornstraße zu Berlin aus einem Straßenbahnwagen ausgestiegen. Als er die Fahrbahn schon ziemlich bis zum Bürgersteig überschritten hatte, gab eine langsam herannahende Kraftdroschke ein Hupensignal. Er blieb infolge dessen stehen und sah sich nach dem Auto um; dieses war aber inzwischen schon herangekommen und überfuhr ihn, so daß er schwer verletzt wurde. Die Preussische National-Versicherungsgesellschaft in Steglitz, bei der er gegen Unfall versichert war, gewährte ihm Unfallschädigung und verlangt nunmehr Ersatz dafür von dem Fuhrunternehmer B. als Halter der Kraftdroschke und dem Chauffeur K. auf Grund der ihr abgetretenen Rechte des Verletzten.

Während das Landgericht I Berlin die Klage abweist, hat das Kammergericht beide Beklagte verurteilt, drei Viertel des Schadens zu ersetzen, mit einem Viertel wurde die Klägerin abgewiesen. In seiner Urteilsbegründung führt das Kammergericht aus: Der beklagte Autofahrer hat nicht die nötige Rücksicht auf die ein- und aussteigenden Straßenbahnfahrergäste genommen. Er ist trotz des lebhaften Verkehrs an der Straßenbahnhaltestelle weitergefahren. Das durfte er nicht. Die Straßenbahnhaltestellen sind zum Ein- und Aussteigen der Straßenbahnfahrergäste da. Der beklagte Kraftwagenführer mußte, bevor er weiterfuhr, abwarten, welche Wirkung das von ihm abgegebene Hupensignal auf die ausgestiegenen Straßenbahnfahrergäste hatte. Der Verletzte drückte sich auf das Signal um und wurde dabei von dem Auto angefahren. Daß das Hupensignal nach der Behauptung der Beklagten nicht für ihn, der die Fahrbahn bereits ziemlich überschritten hatte, bestimmt war, sondern für eine hinter ihm aus der Straßenbahn ausgestiegene Dame, ist unerheblich. Der Verletzte konnte das Signal als ihm geltend ansehen. Es ist allgemein bekannt, daß Fußgänger, wenn sie ein Auto hören, zunächst stehen bleiben und sich umsehen. Damit mußte der beklagte Chauffeur rechnen. Er hätte überhaupt kein Hupensignal abgeben oder, wenn er es tat, zunächst halten müssen, bis die ausgestiegenen Fahrgäste in Sicherheit waren. Inwiefern trifft den Verletzten deshalb ein mitwirkendes eigenes Verschulden, weil er, ehe das Hupensignal abgegeben wurde, den Straßendamms überschritten hatte, ohne sich umzusehen; hätte er das getan, so hätte er die Kraftdroschke bemerken müssen. Deshalb ist der Klägerin ein Viertel ihres Erfahrspruchs abzuverkennen.

### „Gestreckte“ Butter.

Als schamlose Butterpantischereien bezeichnete der Staatsanwalt das Vorgehen des Butterhändlers Wilhelm Riesner aus Neukölln, der sich geizern wegen wissenschaftlichen Vorgehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verantworten mußte.

Der Angeklagte war im Jahre 1910 mit seinem Vermögen in Konkurs gegangen, nachdem er einige Zeit vorher sein Buttergeschäft, einen Engros- und Detailhandel, verkauft hatte. Nach zwei Jahren übernahm er es dann wieder, und zwar auf den Namen seiner Frau, jedoch blieb er allein, wie früher, die Seele des ganzen Geschäfts. Er wurde daher als der Verantwortliche strafrechtlich herangezogen, als man seinem umfangreichen Treiben auf dem Gebiete der Butterverfälschung endlich auf die Spur kommen konnte. Schon von 1912 an waren sowohl bei ihm als auch in den Geschäften, an die er als Großhändler verkaufte, Butterproben amtlich entnommen worden, deren Untersuchung ergab, daß die Butter nicht nur Zusätze von Margarine, sondern zuweilen auch mehr als 16 Proz. Wasser enthielt. Aber erst 1915, also nach über drei Jahren, gelang es, ihn überzeugend zu überführen, da um diese Zeit von seinen Kunden und auch in seinem Geschäft gefolte Butterproben Margarineemischungen ergaben, während die Proben aus den ihm gelieferten Originaltonnen, die man einmal rechtzeitig noch erwischt hatte, ganz reine Naturbutter darstellten. Nach der Behauptung des Angeklagten ist dieser Umstand nur auf einen Zufall zurückzuführen. Er will von allen möglichen Mollereien und sonstigen Leuten gekauft haben, die, wenn die von ihm gelieferte Butter Zusätze von Margarine enthielten hätte, selbst die Mischungen vorgenommen haben müßten. Oder aber seine Kunden müßten ein solches Verfahren eingeschlagen haben. Schließlich sei auch nicht die Möglichkeit von der Hand zu weisen, daß die vorgefundenen Mengen Sesamöl, von denen man den Zusatz von Margarine herleitete, auf die Fütterung der Kühe zurückzuführen sei, ein Einwand, dessen Wichtigkeit von dem Sachverständigen, Regierungsrat Professor Dr. Judenack, ganz energisch bestritten wurde. Wenn der Angeklagte, so führte Professor Judenack aus, behauptete, Sachverständige hätten sich auf Grund von Untersuchungen auf diesen Standpunkt gestellt, so könne er nur sagen, es sei Pflicht jedes gewissenhaften Sachverständigen, diese Ergebnisse ihrer Untersuchungen sofort an der höchsten Regierungsstelle vorzutragen, damit die in Betracht kommenden Bundesratsverordnungen demnach geändert würden. Kein Sachverständiger würde wohl damit kommen. Da auch eine Prüfung der Bücher des Angeklagten ergeben hatte, daß er bedeutend mehr Margarine, mit der er nebenbei handelt, eingekauft hatte, als von ihm laut ihnen verkauft worden war, so lag der Schluß nahe, daß der Heberhuh zur Mischung gebraucht worden war. Das Schöffengericht Neukölln, das zuerst sein Urteil fällen mußte, erkannte auf 450 Mark Geldstrafe. Wegen des außerordentlichen Umfangs, in dem der Angeklagte seine Fälschungen betrieb, hielt der Staatsanwalt das Urteil bei weitem für zu milde und legte Berufung ein. Mit Rücksicht auf das schamlose Vorgehen beantragte er 3 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Das Landgericht hatte auch keinen Zweifel, daß Riesner vielfach Butter verfälscht hatte, und erkannte daher auf ein Monat Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils.

Assortiertes für stärkste Figuren in allen Abteilungen. Auswahlsendung nach Auswahlschein gegen Anzahlung.

# Billige Preise!!!

Reisemäntel.		Reisekostüme.	
Entsackende Gummimäntel mit Kappe	42,- 32,- 28,- usw.	Prachtvolle Lodenkostüme	45,- 35,- 28,- usw.
Imprägniertes Seldemäntel	45,- 35,- 28,- usw.	Seldemäntel Ia	75,- 55,- 35,- usw.
Prachtvolle Ulster	60,- 42,- 30,- usw.	Kammgarnkostüme	90,- 65,- 40,- usw.
Imprägn. Stachmäntel, gediegt.	35,- 25,- 15,- usw.	Fantasiekostüme	38,- 25,- 15,- usw.
Lodenmäntel	45,- 32,- 22,- usw.	Seldenkälder (Modelle)	100,- 75,- 50,- usw.
Reiseröcke.		Feinkörper (Coverkot) Mäntel.	
Lodenröcke	30,- 15,- 9,- usw.	Glockenmäntel, loss	45,- 35,- 18,- usw.
Seldentröcke (Modelle)	40,- 25,- 15,- usw.	Fantasieformen, auch glatt	45,- 35,- 20,- usw.

Die Westmannschen berühmten **Flüschmäntel** (Seidplüsch, Seidplüsch, Wolplüsch) 125,- 100,- 75,- usw.

Entsackende Pelzjackets, beste Felle, gediegene Arbeit 450,- 300,- 225,- usw.

Reisetaschen 75,- 60,- 45,- usw.

Sonntags geöffnet 6-10 Uhr.

# Westmann

I. Geschäft: Mohrenstr. 7/a (Kolonnaden). II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 118 (nahe Andreasstr.).

## Zum Wandern bei Wind und Wetter

Loden-Pelzjackets  
Loden-Anzüge  
Loden-Joppen  
Loden-Hosen  
Bozener Mäntel  
Regen-Mäntel

für Herren u. Knaben  
Rucksäcke - Lodenhüte - Gamaschen  
Gürtel - Mützen - Sporthemden

BILLIGE PREISE

# BAER SOHN

Chaussee-Strasse 29/30 BERLIN 11 Brücken-Strasse 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 Gp. 1891 Schönberg-Hauptst. 10

Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet



### Neuregelung des Brotgetreideverkehrs.

Amlich. Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1916, die der Bundesrat in seiner Sitzung vom 29. Juni beschloß, enthält lediglich eine Anzahl von Abänderungen und Ergänzungen der vorjährigen Verordnung und der Nachtragsverordnungen, die in der Hauptsache sämtlich in Geltung bleiben und auf das neue Erntejahr 1916/17 erstreckt werden. Aus diesem Charakter der Verordnung ergibt sich ohne weiteres, daß der bisherige Aufbau der Getreideversorgung grundsätzlich und technisch im wesentlichen unverändert erhalten worden ist. Die im vorigen Sommer endgültig vollendete Organisation hat ihre Aufgaben in vollkommen ausreichender und befriedigender Weise erfüllt; zu weitgehenden Umformungen lag deshalb kein Grund vor. Wie bisher wird das Brotgetreide für den Kommunalverband, in dem es gewachsen ist, beschlagnahmt und von diesem und der Reichsgetreidestelle bewirtschaftet. Wie bisher wird den Kommunalverbänden, bei denen die nötigen wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen gegeben sind, die Selbstbewirtschaftung gestattet; gefördert wird nunmehr allerdings, daß das im Bezirke des selbstwirtschaftenden Kommunalverbands zu erntende Getreide mindestens für drei Monate zu seiner Versorgung ausreicht. Das *Rechnungsmodell* der Kommunalverbände bleibt ebenso unberührt wie ihre Verpflichtung zur Verbrauchsregelung; zu den Aufgaben der letzteren tritt die Überwachung des in den Bezirke des Kommunalverbands eingeführten ausländischen und der Beschlagnahme nicht unterliegenden Brotgetreides und Mehls, sowie des aus ausländischem Getreide im Inlande hergestellten Mehls.

Neu geregelt ist der Verkehr mit Saatgetreide. Veräußerung, Erwerb und Lieferung von Saatgetreide sind künftig nur mehr gegen Saattaxen erlaubt. Die Saattaxen werden auf Antrag vom Kommunalverband, in dessen Bezirk die Aussaat erfolgen soll, bei Händlern vom Kommunalverband, in dessen Bezirk der Händler seine gewerbliche Niederlassung hat, ausgestellt. Der Handel bedarf einer Konzession, die von der Reichsgetreidestelle oder von der von ihr bezeichneten Stelle erteilt wird.

Von den übrigen Veränderungen und Ergänzungen seien als wichtigste hervorgehoben: die den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden gegebene Befugnis, das auf sie entfallende Brotgetreide innerhalb ihres Bedarfsanteils, anstatt es ganz vermahlen zu lassen, zu einem Teil auch zur Herstellung von Viehfuttermitteln zu verwenden; das dem Direktorium der Reichsgetreidestelle im Interesse ungezügelter Einhaltung der Vorschriften eingeräumte Recht, bei der Lieferung aus den Lieferantverbänden anzuordnen, ob Roggen oder Weizen zu liefern ist (wobei jedoch die eigenen Bedürfnisse der Lieferantverbände zu berücksichtigen sind); das neu geschaffene Recht der Reichsgetreidestelle, außer über die Verstromung von Brotgetreide zu Futterzwecken auch über die Verwendung des nicht mahlfähigen Brotgetreides nach eigenem Ermessen Bestimmungen zu treffen; die Befugnis der Reichsfuttermittelstelle, eine von ihr bestimmte Menge Mele bei der Verteilung nach dem allgemeinen (unverändert gebliebenen) Schlüssel für besondere Zwecke zurückzubehalten und die parallele Befugnis der Landesfuttermittelstellen oder Landeszentralbehörden, von dem allgemeinen Schlüssel der Meleverteilung abzuweichen; endlich die Bestimmung, daß hinterzogenes oder solches Getreide oder Mehl, das der landwirtschaftliche Selbstversorger vorschriftswidrig zu verwenden sucht, ohne Zahlung eines Preises enteignet werden kann. Eine Anzahl anderer Veränderungen sind von geringerem allgemeinem Interesse, teilweise auch bloß rein gesetztechnischer oder redaktioneller Natur.

Eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 29. Juni ordnet eine Anzahl Änderungen der Verordnung über den Verkehr mit Hülsenfrüchten an. Die wichtigsten sind die folgenden: Der Absatz von Erbsen, Bohnen und Linsen erfolgt künftig an eine vom Reichszentralamt bestimmte Stelle; die Verfütterung von Hülsenfrüchten ist vorbehaltlich der besonderen Regelung für die zu Futterzwecken angebauten Arten verboten. Die gesamte Erntemenge an Hülsenfrüchten ist unmittelbar nach Einbringung der Ernte anzugeben. Von der Angehörigkeit ausgenommen sind nur Mengen unter 25 Kilogramm (bisher ein Doppelpfund) von jeder Art. Die Mengen zum Selbstverbrauch oder die

Mengen für die Lieferung an Naturabereitete können vom Reichszentralamt beschränkt werden. Saatgut muß freigegeben und darf nur durch die von der Landeszentralbehörde bezeichnete Saatstelle abgeholt werden. Die letztere kann innerhalb der vom Reichszentralamt vorgeschriebenen Grenzen die Preise festsetzen.

Durch eine weitere Verordnung vom 29. Juni ist der Verkehr mit Buchweizen und Hirse in derselben Weise geregelt wie der mit Hülsenfrüchten. Den Buchweizen- und Hirsemühlen sowie Nahrungsmittelfabriken kann von der mit der Bewirtschaftung betrauten Stelle mit Genehmigung des Reichszentralamts gestattet werden, Buchweizen freihändig unter Vermeidung von Bezugsscheinen im Inlande anzukaufen; die so erworbenen — mit Hilfe der Bezugsscheine streng kontrollierten — Mengen werden von der Beschlagnahme frei.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 29. Juni eine Bekanntmachung über die Verwertung von Tierkörper- und Schlachtabfällen erlassen. Hiernach sind die in größeren Abdeckereien anfallenden Tierkörper und Tierkörperreste sowie die in größeren Schlachthäusern und Schlachtbetrieben anfallenden, zum menschlichen Genuß nicht verwendbaren Schlachtabfälle auf Futtermittel und Fetta zu verarbeiten, mit Ausnahme von Häuten, Hüfen, Hörnern, Klauen, Wolle, Borsten und Federn.

Die erzeugten Futtermittel und Fetta werden nach den bestehenden Verordnungen bewirtschaftet; den Besitzern öffentlicher Schlachthäuser und kommunaler Abdeckereien ist jedoch auf Antrag eine Teilmenge bis zu einem Drittel des gewonnenen Futters zur eigenen Verwendung zu überlassen.

### Das tägliche Brot.

#### Eine Reichsstelle für Produzentenschutz.

Die Einrichtung der verschiedenen Reichsstellen hatte letzten Endes den Zweck, den Verbraucher gegen die Ubertreibung durch den Interessenten und gegen die Verteilungsschwierigkeiten zu schützen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst führt ihren Beruf allem Anschein nach anders auf. In Nr. 1 ihrer „Blätter“, die an Landwirte, d. h. Obst- und Gemüsezüchter, verschickt wurde, bezeichnet sie es als erste Aufgabe, für alle Sorten Gemüse und Obst eine großzügige Verkaufsorganisation zu schaffen, die dem Vertrieb besondere Erleichterungen gewährt, und auf Preise hinwirkt, die für den Produzenten ein angemessenes Entgelt darstellen. „Daß dieses Entgelt zu niedrig ausfallen dürfte, ist nicht zu befürchten, wird es doch durch „reine örtliche“ Kommissionen festgesetzt werden, aus denen die Reichsstelle die Verbraucher prinzipiell auszuschließen beabsichtigt ist. Wörtlich heißt es: „Sie (die Kommissionenmitglieder) sollen den voraussichtlichen Ertrag der Ernte, die Produktionskosten, den Wert der eigenen Arbeit und die Ersparungen infolge des Krieges berücksichtigen; weiter sollen sie dabei erwägen, daß dem Produzenten auch ein angemessener Gewinn verbleibt. In den so ermittelten Preisen muß die Abnahmestelle dann die aufgeführten Sorten annehmen, soweit sie den allgemeinen Bedingungen entsprechen.“ Zum Schluß kommt dann zum dritten Male wiederum der Hinweis: „Wir werden dafür sorgen, daß der Wähler auch ihr Lohn wird, und das Vaterland wird seinen Söhnen Dank wissen.“ Der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen beschränkt sehr, daß die Reichsstelle f. G. u. O. sich bei der Erfüllung der vorstehend gekennzeichneten Aufgaben übernehmen könnte, und hat sie daher der besonderen Aufmerksamkeit des Kriegsernährungsamtes empfohlen.

#### Gegen den Milchwucher.

Der Bürgermeister von Reipzig (Kreis Renscheid) beruht den Milchbauern seines Bezirks wie folgt ins Gewissen zu reden: „Sicheren Vernehmen nach beabsichtigt eine Anzahl hiesiger Landwirte, den Preis der Milch von 25 auf 30 Pf. für das Liter zu erhöhen. Zu diesem Vorgehen liegt in der jetzigen Zeit nicht die geringste Veranlassung vor. Grünfutter ist reichlich vorhanden und Kraftfutter wird infolge dessen von den meisten wenig oder gar nicht verwendet. Dieses Vorgehen würde geeignet sein, die jetzige Notlage des Volkes zu verschärfen. Wohl kaum ein Stand hat während des Krieges so günstig dagestanden wie der der Landwirte. Es wird angenommen, daß es nur dieses Hindernisses bedarf, um von einem Vorhaben, das durchaus eines patriotischen Sinnes erachtet, abzubringen.“

diese Völker ruhig neben sich bestehen ließen, zwar als Unterdrückte, doch mit allen den besondern Eigenheiten, die diese Völkerschaften ausweisen. Alle diese Momente wurden aber noch ins Riesenhafte gesteigert, als die Araber infolge des schon durch den Raub entstehenden Wohlstandes, durch ihren mächtig aufblühenden Handel, durch ihr Vordringen mit den Geisteskräften der antiken Welt, durch ihre Verbindung mit dem alten Europa und Ähnliches mehr bald eine in Wirtschaft und Wissenschaft und Kunst gleich große Kultur von höchstem Stande erreichten.

Nun ging auch vom Islam eine mächtige Woge neuen, um viele Jahrhunderte fortgeschrittenen Lebens aus, nicht nur über die unterworfenen Völkerschaften, sondern noch weit darüber, besonders über ganz Europa, und noch auf lange Jahrhunderte zehrte alle Welt von den hohen Schätzen geistiger und materieller Art, die dabei aufgestapelt wurden.

Das ist nicht so geblieben. Schon kurz nach Mohammeds Tode waren wieder die alten Feindschaften zwischen den arabischen Stämmen ausgebrochen, vermehrt durch harte Kämpfe um Mohammeds Nachfolge; und nun Wüste sich ein Gebiet nach dem anderen los, teils um sich selbstständig zu machen, teils um von benachbarten Gebieten angegliedert zu werden. Das alte mohammedanische Reichenreich zerfiel, tat das um so schneller, als sich mit der Entdeckung des Seeweges nach Indien und der eigenen Entwicklung Europas auch der Handel vom Orient verlor und zugleich damit alle Blüte von Kunst und Wissenschaft verlor. Jedoch mancherlei ist geblieben: die mohammedanische Religion und eine gewisse Gleichförmigkeit der Kultur, dazu vielerlei große Erinnerungen; und als neues ist hinzugekommen — und das hat die weitaus größte Bedeutung — eine einheitliche Sprache und ein einheitliches Schrifttum. Das aber hat dem ganzen islamitischen Geistesleben ebenso sehr die Existenz erhalten wie ihm eine gewisse Garantie für seine Erneuerung gegeben.

Der mohammedanische Orient hatte sich vom christlichen Okzident scharf losgelöst, und danach bestand jahrhundertlang keinerlei Gemeinschaft mehr zwischen ihnen; beide entwickelten sich völlig unabhängig voneinander, und von ihnen ging nun der Okzident mit Riesenschritten vorwärts. Erst als dieses selbe Europa abermals in die mohammedanischen Gebiete einbrach, da wurde es anders. Denn zugleich mit der Waffengewalt kamen auch christliche Missionen, Schulen und dergleichen ins Land, und sie gingen systematisch darauf aus, vorerst das Christentum, dann aber auch europäische Kultur zu verbreiten, besonders, als man gewahrte, daß dem Christentum auf dem Wege über die Kultur viel besser vorwärtsgeholfen werden konnte, und als sich diese Tätigkeit auch aus Zweck einer gründlichen Eroberung notwendig machte. Und das wiederum weckte so sehr den Wissensdurst der wohlhabenden und intelligenten Kreise des Islam, daß sie bald aus sich heraus nicht nur die fremden Hochschulen im Orient verhältnismäßig stark besuchten, die allmählich gegründet worden waren, sondern auch zu Studiengründungen nach den Abendländern gingen. So wurde allmählich die alte Gemeinsamkeit zwischen Orient und Okzident wieder hergestellt. Nur trieb das schnell über sich hinaus, verhalf dem Orient zu einem neuen, eigenen Leben.

### Die Fleischausfuhr nach Wien.

Vor einigen Tagen ging die Meldung durch die Presse, daß in Wien aus dem Dresdener Kühlager 500 000 Kilogramm Gefrierfleisch eingetroffen seien. Es handelt sich nicht um ein Lager der Stadt Dresden, sondern der Zentraleinkaufsgesellschaft.

Dazu schreibt die Z. G. W.: Wie wir feststellen haben, liegt hier nicht etwa ein Fall von Fleischausfuhr aus Deutschland vor. Das nach Wien gesandte Gefrierfleisch war vielmehr nach einem mit der Stadt Wien getroffenen Abkommen im Auslande für Rechnung dieser Stadt angekauft und in Dresden gelagert worden. Die Vorteile, die das Abkommen durch Ausschaltung der Konkurrenz der österreichischen und der deutschen Käufer auf den Auslandsmärkten für beide Länder bietet, werden keiner näheren Darlegung bedürfen.

Berrat am Vaterlande unterstellt die badiische Regierung jenen Landwirten, welche jetzt noch die Kartoffeln zurückhalten. Sie hat die Bezirksämter beauftragt, darauf hinzuwirken, daß jeder bayerische Kartoffeln, den der Landwirt zur Deckung des eigenen zulässigen Verbrauchs nicht benötigt, abgeliefert wird. Nötigenfalls sei für den Abtransport militärische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dann aber heißt es am Schluß der betr. Verfügung: Wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, ist eine unberechtigte Zurückhaltung Berrat am Vaterlande.

### Aus der Partei.

#### Stellungnahme der Parteipresse zur Berliner Verbands-Generalversammlung.

Die „Vergißliche Arbeiterstimme“ (Solingen) äußert: Die Verbandsversammlung der sozialdemokratischen Vereine von Groß-Berlin ist besser verlaufen, als man im Beside zu hoffen wagte. Die Angriffe der Stämpferpresse, der Vorstoß des Genossen Reinert und der Alarmruf der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ scheinen eine gewisse Wirkung gehabt zu haben; nicht die Wirkung, die sie haben sollten, sondern die, daß die Opposition zusammengerückt ist. Ein weiteres erfreuliches Moment war die Tatsache, daß der bisherige Geschäftsführende Ausschuss sich sehr tatkraftvoll benommen hat und sich nicht durch die erwähnten Presseäußerungen zu Unbesonnenheiten verleiten ließ, die vielleicht das Berliner Parteigebäude vollends in Brand gesetzt hätten. Ueberdies ist groß war die Zahl der politischen Kräfte im Verhältnis zu der prinzipiellen. Erfreulich aber auch die grundsätzliche Uebereinstimmung. Wir schätzen die Genossin Lugenburg als Lehrerin und Theoretikerin hoch ein; aber als Führerin können wir ihr nicht folgen. Ihre glänzende Argumentation ist richtig und unwiderleglich, sie eilt aber der Zeit voraus.

Ob die Berliner Tagung einen Einfluß auf den Parteivorstand ausübt, ob er im stillen Hintergrunde diesen Willensausdruck prüft und Folgerungen im Geiste der Beschlüsse zieht? Wir können daran nicht glauben. Der Vorstand ist von der absoluten Wichtigkeit seiner Politik überzeugt; er hat nichts vom Geiste des Nebels, der seine Politik nach den untrüglichen Waffenempfindungen des organisierten Proletariats zu orientieren verstand und dadurch immer und immer das aussprechen konnte, was die Massen nur undeutlich fühlten. Die Bewegung wird über diesen Vorstand hinweggehen, und es ist doppelt und dreifach zu begrüßen, daß Groß-Berlin nicht dem organisatorischen Sinne der großen Parteimehrheit entgegenhandelte und die Beitragsperre beschloß. Groß-Berlin hat damit den Sieg des sozialistischen Gedankens und der sozialistischen Taktik in der Sozialdemokratie und durch die Sozialdemokratie garantiert. Wie außerordentlich betroffen die Mehrheitspresse teilweise ist, zeigt die Tatsache, daß sie über die Groß-Berliner Versammlung, der man in und außerhalb der Partei im höchsten Grade entgegenstand, nur ganz knapp berichtet, als sei es ein Vorkommnis, das zu bewerten ist wie die Meinungsäußerung eines Kreises, in dem wir noch kaum Fuß gefaßt haben. Wir haben die Hoffnung, daß die Versammlung auf die Kämpfe innerhalb der Opposition maßgebend wirken wird. Die Genossen der äußersten Linken werden vielleicht bezüglich ihrer Stärke enttäuscht sein, doch sie werden den Schluß ziehen, daß was uns trennt, doch Zukunftsfragen sind, die mittels unterirdischer Agitation weder allgemein gültig gelöst noch gar gelöst werden können. Die Genossen werden ihre Auffassungen behalten, aber sie haben gesehen, daß das Zentrum, wie sie uns bezeichnen, zunächst die gleiche politische Arbeit vor sich hat wie sie selbst. Ferner ist zu beachten, daß recht viele

### Islam und Weltkrieg.

Wie viele andere Dinge, so wird der Weltkrieg auch den Islam, die Religion der gegenwärtig 300 Millionen Mohammedaner, stark beeinflussen, und zwar nach Grad und Kunst in einem Sinne, der wesentlich von dem Ausgange des ganzen Ringens abhängt, darunter wiederum sehr stark davon, mit welchem Resultat das türkische Reich dabei abschneidet. Das aber ist von ungeheurer Bedeutung, von größerer vielleicht, als selbst die Eingeweihten ahnen, denn je nachdem kann daraus ebenso eine neue Erstarkung der gesamten mohammedanischen Welt wie deren völliger Zerfall erfolgen, und das bedeutet auf jeden Fall die Zusammenballung großer, schwieriger Probleme namentlich für den europäischen Kontinent.

Von welcher Art sind nun die Faktoren, die dergestalt im Islam wirken? Die beste Antwort darauf gibt eine geschichtliche Betrachtung dieser Religion bis zur gegenwärtigen Zeit.

Der Islam ist eigentlich im Grunde und rein als Religion genommen, nichts anderes als ein Aufguck der jüdischen und christlichen Religion. Mohammed übernahm von diesen beiden die Einheit Gottes und dessen fortwirkende Kraft, übernahm auch die Schöpfungsfrage und den Sündenfall sowie die Legende von der Auferstehung der Toten und vom jüngsten Gericht, übernahm endlich Himmel und Hölle, Engel und Teufel, ja, er erkannte sogar die Propheeten und die Heilige Schrift an. Abwegig war er nur darin, daß er die Dreieinigkeit Gottes leugnete, Jesus und die Mutter Maria als bedorrechte Wesen betraf und sich selbst als lebten, als den Ding schließenden in die Reihe der Propheeten stellte. Aber das ist auch gar nicht das Bedeutendste am Islam, ist vor allem nicht das, womit er seine Macht errang; vielmehr liegt das auf rein weltlichem Gebiete.

Mohammed gab neben seinen religiösen Lehren auch noch eine große Menge sozialistischer Bestimmungen, die alle Angelegenheiten seines Stammes und im weiteren aller Araber aufs genaueste regelten: das Gemeinde- und Familienleben, die Ehescheidung und Erbschaft, den Erwerb und die Fehde, ja, sogar die hygienischen Verhältnisse. Und das lag ebenso sehr in der Richtung jener bewußten Wänsicht Mohammeds, die Araber erst nach innen und dann nach außen zu einem mächtigen Volke zu machen, wie es dadurch tatsächlich gelang, die Araber erst national zu einigen und sie dann zu einem nie gesehenen, jahrhundertlangem Eroberungsgang über die halbe Welt ziehen zu lassen. Die Möglichkeit dazu bestand allerdings neben der Stärke durch den machtvollen Nationalismus, dem die anderen, national mindestens schwächeren Völker gar nicht widerstehen konnten, auch in dem bedeutungsvollen Umstande, daß die Wirtschaft und Kultur der unterworfenen Völker der arabischen ziemlich gleichartig, wenigstens ebenfalls ausgesprochen orientalisches waren, so viele Grabunterschiede es immerhin zwischen den einzelnen geben mochte. Hinzu kam weiterhin, daß eben die schon erwähnte Gleichartigkeit der drei Religionen es den unterworfenen Völkern nicht allzu schwer machte, nunmehr die neue Religion anzunehmen, und daß die Araber

Die europäischen Staaten hatten mit ihren Schulen auch ihre besondere Sprache sowie ihr besonderes Schrifttum mitgebracht, und beides benutzten sie nun eifrig dazu, für ihre besondere Kultur und ihre besonderen Interessen zu wirken. Das aber weckte den Widerstand der höherlebenden und der religiösen mohammedanischen Kreise, welche ihn um so mehr, als damit auf der einen Seite die Ignorierung der heiligen arabischen Sprache und desselben Schrifttums durchgeführt, auf der anderen Seite die Bedeutung der nationalen Einigkeit demonstriert wurde. So drangen die führenden islamitischen Kreise immer härter darauf, in den fremden Hochschulen des Orients auch das Arabische einzuführen, trotz der Schwierigkeit, die Ausdrücke und Begriffe der hochentwickeltesten europäischen Wissenschaft ins Arabische des kulturell äußerst zurückgebliebenen Orients zu übersetzen. Und als sie das erreichten, da taten sich diesen von ihnen erst so recht die wissenschaftlichen sowie künstlerischen Schätze des alten Arabertums auf, vor allem aber fühlten sie dadurch eine so große Bedeutung in sich und empfanden eine so hohe Selbstständigkeit, daß zum erstenmal wieder seit Jahrhunderten im Islam das Verlangen nach einer nationalen Einigung äußerst reger wurde. Nichten auch manche orientalische Kreise in einem hohlen Europertum aufgehen, und manche andere lediglich zu europäisch gebildeten Berufsmenschen werden, — der Hauptteil dieser Orientalen empfand bewußt national und arbeitete in diesem Sinne, besonders auf politischem Gebiete, dem sie eine rege Presse erschloßen.

Die große Masse freilich stand vorläufig noch abseits von allen diesen Dingen; sie lebte träge und willenlos in den alten, überlebten Zuständen dahin und kümmernte sich nicht im geringsten um das öffentliche Leben. Und doch war in ihnen ein Element tätig, mehr vielleicht als in den oberen Schichten, das allmählich auch nach dieser Richtung schloßen sollte: die islamitische Religiosität.

Der Islam war längst versteinert, zu einem hohlen Dogma geworden, besonders im Verfolg des Zerfalls der mohammedanischen Staaten, der den kirchlichen Machthabern den Gedanken eingab, wenigstens die Religion durch den strengsten Zusammenhalt zu retten, und der auch infolge der kulturellen sowie wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit und Gleichförmigkeit dieser Staaten, nicht zuletzt infolge ihrer Abgeschlossenheit, sehr leicht durchzuführen war. Doch er war geblieben, wirkte fort und hielt sich lebendig vor allem durch die unzähligen vielen Schriftkundigen, die ihre Schulung auf den überkommenen, allzuwürdigen islamitischen Hochschulen empfangen hatten und nun ihre Macht um so mehr ausüben konnten, als sie den Staaten die Gesetze nicht nur mitgaben — der Staat ist im Orient dem Islam vollkommen unterworfen, eben infolge der schon geschichtlichen geschichtlichen Tätigkeit Mohammeds während der zweiten Hälfte seines Lebens —, sondern auch diese Gesetze oft genug noch von regierenden Stellen aus mit durchzuführen halfen. Und das wiederum schloß ein großes, gemeinsames Band um alle Mohammedaner, vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, und zwar um so mehr, als diese Unterwerfung im Koran fast die einzige geistige Speise des niederen Volkes war. Zugleich wurde damit aber auch ein anderes Band zwischen ihnen

Genossen vom Zentrum sich von den Linken nur durch die Taktik unterscheiden. Der seine absolute Prinzipienreife behaupten will, muß sich schon unter eine Glasglocke stellen und aus dem politischen Leben ausscheiden. Ist doch sogar Rosa Luxemburg fortrumpft oder so etwas Ähnliches, die doch für die bürgerlichen und Arbeitergenossen der Jubelruf des Ultraradikalismus ist. Solche Hebertreibern schaden einer Sache ungemessen und machen ihre Träger lächerlich. Alles in allem betrachtet, ist die Berliner Versammlung ein gutes Omen für den rasch fortschreitenden Befreiungsprozess der Partei.

### Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet:  
Eine außerordentliche Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. tagte am Sonntag in Frankfurt a. M. Der Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. nahm an der Konferenz nicht teil, da er sie als statutenwidrig betrachtet. Auch der Parteivorstand war nicht vertreten. Als das einzige anwesende Mitglied des Parteivorstandes eröffnete Reichstagsabgeordneter Hüttmann - Frankfurt die Konferenz. Er teilte mit, aus welchen Gründen die Frankfurter die Beschlüsse der Konferenz ablehnten; der Parteivorstand stehe auf dem Standpunkt, daß während des Krieges derartige Konferenzen nicht abgehalten werden sollten. Der Vorsitzende des Parteivorstandes, Genosse Gräf, und das Vorstandsmitglied Dorisch hätten mitgeteilt, daß sie aus denselben Gründen wie die Frankfurter und der Parteivorstand an der Konferenz nicht teilnehmen; etwaig gefasste Beschlüsse könnten sie als bindend nicht anerkennen. Im Gegenzug zu diesem Standpunkt hält Hüttmann die Abhaltung der Konferenz für dringend nötig; der Vorstand sei nicht mehr alltagsfähig. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Portune - Höchst den Antrag, die Berichterstattung durch die anwesenden Pressevertreter zu unterlegen und einen offiziellen Bericht an das Pressebureau zu senden. Gegen diesen Antrag wandte sich ein Wiesbadener Delegierter, der Reichstagskandidat von Wiesbaden, Lehmann - Mannheim und Reichstagsabgeordneter Brühne - Höchst. Für diesen sprach der Kandidat von Diez-Limburg, Zimmermann - Frankfurt a. M., Berges - Bodenheim und Dr. Wagner - Danau. Letzterer sagte, die Berichterstattung könnten ja als Gasse dabeistehen, sie müßten sich aber ehrenamtlich verpflichten, nicht an ihre Zeitungen und nicht an Behörden zu berichten. Da weder aus den Reihen der Delegierten noch vom Bureau die anwesenden vier Berichterhalter - sämtlich Parteigenossen und als solche bekannt - gegen diese beleidigende Unterstellung in Schutz genommen wurden, ließen sie durch den Vorsitzenden Verwahrung gegen die Beleidigung einlegen. Der Antrag Portune wurde mit ungefähr zweidrittelmehrheit angenommen. Die parteiorganisatorischen Pressevertreter verließen dann den Sitzungssaal.  
Über den ferneren Verlauf der Konferenz geht uns folgender offizieller Bericht zu:

Am Sonntag, den 25. Juni, tagte in Frankfurt a. M. eine außerordentliche Bezirkskonferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. Über 80 Delegierte nahmen an der Konferenz teil. Der Wahlkreis Frankfurt a. M. lehnte die Beteiligung ab, da er die Konferenz als nicht rechtmäßig einberufen betrachte.

Der Geschäftsbericht erstreckte sich auf drei Jahre. Der 1896 entstandene umfassende Bezirk hatte am 1. April 1914 in 448 Orten 32965 Mitglieder, davon 4363 weibliche. Am 1. April 1916 waren noch 24382 männliche Mitglieder vorhanden.

Im Konflikt mit der Bezirksorganisation befindet sich die Frankfurter Organisation und zwar wegen der Eigentumsfrage der „Volksstimme“. Im Verlauf dieses Konflikts sperrte die Frankfurter Organisation dem Parteivorstand die Pflichtbeiträge für den Bezirk. Auch der Parteivorstand in Berlin reduzierte den Zuschuß nach erfolgter Revision durch den Genossen Braun um die Hälfte.

Diese Maßnahmen führten auf der Konferenz zu recht lebhaften Auseinandersetzungen, deren Ergebnis in nachfolgender Resolution, die gegen 3 Stimmen angenommen wurde, zum Ausdruck kam:

Der Beschluß der Frankfurter Parteiorganisation betreffend Nichtabführung der Pflichtbeiträge für den Parteivorstand ist ein Verstoß gegen das Organisationsstatut der Gesamtpartei. Damit gibt die Frankfurter Parteiorganisation das Beispiel der Parteizersplitterung, was sie der Minderheit zum Vorwurf macht.

Der Parteivorstand in Berlin hat die Pflicht, diesem parteizersetzenden Treiben mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt zu gebieten und die Frankfurter Organisation auf den Instanzweg zu verweisen.

Der Parteivorstand deckt diese Maßnahmen der Frankfurter Organisation, indem er in einseitiger Weise dazu übergeht, dem Bezirkssekretariat den vierteljährlichen Zuschuß von 1200 M. auf 600 M. herabzusetzen und das Bezirkssekretariat unter Bevormundung des Genossen Gräf stellt.

Auf solche Weise zerstört der Parteivorstand die jahrelange, mühevollen Organisations- und Agitationsarbeit in unserem Bezirk. Die Bezirkskonferenz fordert daher den Parteivorstand auf, die benötigten Zuschüsse dem Bezirkssekretariat wieder zur Verfügung zu stellen.

erhalten: das gemeinsame Sprach- und Schrifttum. Die Sprache des Islams war immer noch das Arabische, so sehr sich natürlich auch einzelne besondere Idiome dabei herausgebildet hatten, und da nun die religiöse Belehrung allenthalben in unzähligen Moscheeschulen erfolgte, so ging vom Islam ein starker, äußerst lebendiger Strom arabischen Sprach- und Schrifttums über alle mohammedanischen Lande, der nun von neuem gewisse gemeinsame Interessen schuf.

Als daher die europäische Invasion erfolgte, da wurden zwar die herrlichen Massen von der hinter dieser Invasion einströmenden abendländischen Kulturbewegung so gut wie nicht erfasst, doch das Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit untereinander erhielt dadurch eine starke Anregung, eine Art nationales Gefühl erwachte, und sie ließen sich nun auch willig leiten von den höherstehenden, bewahrt nationalen Schichten, die sich an der westeuropäischen Kultur gebildet hatten. Die rechte Grundlage, gleichsam den Kern, erhielt das aber erst durch die religiösen Vereinigungen, die verschiedensten Orden, die sich meist schon Jahrhunderte vorher gebildet hatten. Sie waren eigentlich nur aus dem Verlangen nach gemeinsamer Pflege der Andachten entstanden, trotzdem solche Vereinigungen dem Gebote Mohammeds widersprachen, hatten sich dann aber zu Organisationen ausgewachsen, die zwar auch die Verteilung eifrig pflegten, in der Hauptsache aber den religiösen Kult zu einem wahren Fanatismus steigerten, mit Auswüchsen in der Form, die geradezu an Wahnsinn grenzen. Doch gerade das machte sie zu den Vornemtesten, zu den Kampfesgruppen des Islams, und sie repräsentieren um so mehr eine gewaltige Macht, als sie allenthalben verbreitet sind, unzählige Mitglieder aufweisen und zuletzt noch durch die Gründung des Sennussenordens eine Zusammenfassung gewaltiger Art erhalten haben, da er unter Ablehnung überlebter Formen nur die Vereinigung aller Mohammedaner predigt. Zudem arbeiten auch sie bewußt auf eine Stärkung des Islams hin, taten es schon immer, und sehen mit Anbruch jene Zeiten herbei, da es ein einziges, großes, machtvolleres Reich gab, in dem allein der Islam herrschte. Und das hat der beginnenden Emanzipation des Orients einen starken Halt gegeben.

Was sich nun aus alledem durch den Krieg entwickeln wird, das muß abgewartet werden. Fest steht aber jedenfalls schon jetzt, daß bei einem auch nur halbwegs günstigen Abschluß der Türkei die ganze mohammedanische Bewegung einen Konzentrationspunkt gewinnt, von dem aus ein gewaltiges Wiedererwachen des Islams offensichtlich in die Erscheinung treten wird. Denn dieser Staat ist der letzte aller mohammedanischen, und zugleich hat er dadurch eine große Bedeutung, daß er das Kalifat besitzt, diese letzte und heiligste Manifestation der gesamten islamitischen Religion. Dann wird sich auch von neuem bewähren, was schon Mohammed so klug zu nutzen verstand und was allein den Islam am Leben erhalten hat: der Wert einer gemeinsamen Wirtschaft, einer gemeinsamen Sprache, Schrift und Kultur zwischen den Völkern der niemals weder nach innen noch nach außen seine Wirkung verliert. (2)

Das Verhalten der Genossen Gräf und Dorisch als Mitglieder des Parteivorstandes, das als ein obstruktionistisches zu bezeichnen ist, hat fast zur vollständigen Lahmung der Bezirksorganisation geführt und kann dieser unhaltbare Zustand nicht länger aufrecht erhalten bleiben. Die Konferenz spricht infolgedessen den beiden Genossen das größte Mißtrauen aus.

Die Preßdifferenzen führten ebenfalls zu eingehenden Erörterungen. Nachfolgende Resolution gelangte gegen 5 Stimmen zur Annahme:

### Resolution.

Die am 25. Juni 1916 tagende Bezirkskonferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. erklärte sich mit den Beschlüssen des erweiterten Parteivorstandes und den Maßnahmen der Zeitungskommission einverstanden. Die Beschlüsse im „Volksstimmen“-Konflikt waren von dem richtigen Grundgedanken geleitet, die „Volksstimme“ als Parteieigentum für den ganzen Agitationsbezirk zu erhalten und der Organisationsentwicklung der Kreise einen Einfluß auf die politische Haltung des Blattes im Sinne der Grundanschauungen der Partei zu sichern. Ferner garantierten die Beschlüsse die Mitwirkung der Bezirksorganisation an der Verwaltung des Unternehmens. Der in den Beschlüssen niedergelegte Standpunkt deckt sich vollständig mit der Tätigkeit und den Interessen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, wie sie praktisch in den letzten Jahrzehnten geübt worden ist, sowie den Beschlüssen der Bezirkskonferenzen vom Jahre 1908 und 1909, die heute noch voll und ganz Gültigkeit haben.

Direkt im entgegengekehrten Sinne müßten die Maßnahmen und Beschlüsse wirken, welche von der Frankfurter Parteiorganisation in der Pressefrage gefaßt worden sind. Ein Vorrecht der Frankfurter Genossen, wie es verlangt und jetzt durchgeführt worden ist, befähigt nicht nur das einseitige organisatorische Wirken durch die Presse, sondern muß auch zerstörend im gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterklasse wirken. Einen solchen Standpunkt lehnt die Bezirkskonferenz entschieden ab.

Die einzelnen Wahlkreise, wie auch der erweiterte Vorstand des Bezirkes haben sich redlich bemüht, während des Krieges den alten Rechtszustand in dem Presseunternehmen aufrechtzuerhalten und sind in einzelnen Punkten der Frankfurter Parteiorganisation weit entgegengekommen. Aber einer Zerstörung des demokratischen Grundrechts mußte entschieden entgegengetreten werden. Der Kampf, der ja nun entbrannt ist, zeigt sich sehr bedauerlich, besonders in heutiger Zeit; aber er muß leider durchgeführt werden. Er wird auch für die Zukunft fortgesetzt werden müssen, solange der Standpunkt des Vorrechtes von den Frankfurter Parteigenossen weiter vertreten wird.

Wir erklären daher, daß die „Frankfurter Volksstimme“ nicht als Organ der Sozialdemokratie des Agitationsbezirks Frankfurt am Main angesehen werden kann.

Zum Schluß wurde noch eine eine Sympathieumgebung für Genossen Dieblich einstimmig angenommen.

Bei der Wahl des Parteivorstandes wurden die Genossen Gräf und Dorisch nicht wiedergewählt.

### Zur Haltung des vieler Parteiorgans.

Vom Genossen Ed. Adler, dem leitenden Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“, erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Es trifft nicht zu, daß aus den Reihen der werktätigen Genossen nur einer den von mir vertretenen Standpunkt geteilt hat. Ebenso hat, wie ich ergänzen will, auch ein Gewerkschaftsbeamter die Ansichten der Opposition vertreten. Die Versammlung selbst war von vornherein unzulänglich, irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Sie hätte, wenn es zu Beschlüssen kommen konnte und sollte, wie für alle Kenner der Verhältnisse klar ist, mit etwa reichlicher Zweidrittelmehrheit meinen Standpunkt gebilligt, den ich zum Schluß noch einmal mit der Zusage der Redaktion festlegte, daß sie nach wie vor die Ansichten der Mehrheit vertritt, aber die Minderheit objektiv und persönlich behandeln wolle. Davon, daß Genosse Garbe den Redakteuren irgendwelchen Rat gegeben hat, im Sinne der Minderheit zu arbeiten, ist keine Rede. Er hat sich als sachlicher Vorsitzender jedes Eingreifens in den Kern der Debatte enthalten. Die fünf Versammlungen fanden in den Monaten April und Mai statt.

Da auch in der Mittwochnummer der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ eine redaktionelle Notiz enthalten war, die behauptete, wir wären bewußt falsch berichtet worden, so ging uns noch eine weitere Zuschrift aus Kiel ein, in der fünf Genossen unterschriftlich bestätigen, daß unser Bericht den Tatsachen entspricht. Als Beweis der Richtigkeit unserer Darstellung führen sie an, daß bisher in der „Volkszeitung“ über diese Sitzung kein Bericht erschienen ist, was aber sicher der Fall wäre, wenn die Sitzung den vom Genossen Adler bezeichneten Verlauf genommen hätte.

„Arbeiter-Jugend“. Die sechsen erschienene Nr. 14 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Des Heils Burgel. (Schluß). — Die Philister. Gedicht von Leopold Jacob. — Die Wunder des Aehrenfeldes. Von Heinz Welten. — Brüderröden. Von Karl Busse. — Das Teufelsmoor. Von Jürgen Brand. (Mit Abbildungen). — Mein Leben. Gedicht von Hermann Dese. — Der Wermolt. Von V. Sommer. — Aus der Jugendbewegung.

## Aus Groß-Berlin.

### Veraltete Ladenschilder.

In den beiden Schaufenstern eines Schlächterladens, an dem ich täglich vorbeikomme, stehen tagaus tagein nur ein paar Blumentöpfe, nichts weiter. Sie sind das einzige, was an dem Laden noch blüht. Seit Wochen ist er geschlossen. Neugierig hat sich an ihm nichts geändert. Er macht immer noch mit seinen schmutzigen Schildern einen sehr guten Eindruck. Bodwurst, Wiener Würstchen, zweimal täglich frisch, Kaffee, ist auf dem Schilde links von der Tür, Braten, Lachsfilets, garnierte Schüsseln, ff. Aufschnitt auf dem Schilde rechts von der Tür zu lesen. Goldene Buchstaben auf schwarzem Grunde, und so blank, als wären die Schilder erst ein paar Tage, erst ein paar Wochen alt. Wiener Würstchen, zweimal täglich frisch. Das wird manch einer nicht lesen können, ohne daß ihm das Wasser im Munde zusammenläuft, oder sich ein stiller Seufzer seiner Brust entringt. Nichts ist wahr, nichts gibt es mehr von dem, was auf den Schildern steht, falsche, verschwundene Tatsachen sind's, die sie uns vorspiegeln. Man sollte sie entfernen, spotten sie doch unserem Verlangen nach einem kräftigen Frühstück, oder nach einem Abendbrot nach guter, alter Art.

Nur wenige Häuser weiter befindet sich eine größere Brot- und Feinbäckerei. Keine andere hat im Umkreis mehrerer Straßen einen besseren Ruf gewonnen, als es noch Wehl in Hülle und Fülle und keine Brotarten gab. Man hat sich um ihre Torten und Kuchen förmlich gerissen. In jedem Sonntagnachmittag standen fünf bis sechs Personen hinter dem Ladentisch und hatten die Hände voll zu tun. Heute liegen im Schaufenster der Bäder zumeist nur ein paar bunte verstaubte Waffeltische, auf die niemand „seht“. Nur ein Schild, zwischen Tür und Schaufenster, zeigt von den besseren Tagen, die dem Bäckerladen einstmal beschieden waren. Es steht folgendes darauf: „Baumkuchen, Torten, Spritzkuchen, dreimal täglich frische Windbeutel mit Schlagsahne, bunte Schüsseln“. Dreimal täglich frische Windbeutel mit Schlagsahne. Welch süße Erinnerung...

ungen steigen auf. Wie lange ist es doch schon her, daß der Sturm der Zeitentwende die Windbeutel von der Bildfläche hinweggeblasen hat. Es kräht kaum noch ein Hahn nach ihnen, wiewohl jetzt manch einer Zeit genug dazu hätte. Man schlächtet ihm die schönsten Fühner vor dem Schnabel weg, um sie für teures Geld zu verkaufen. Und so ist er denn genötigt, zu feiern — ergo der Mangel an Eiern. Stimmt das etwa nicht, Freund Pinkas Ungebuld?

So heißt der Besitzer eines Bierkellers in meiner Straße. Täglich „frische Koch-, Trint- und Einschlagereier“. Dieses steht in großen, schwarzen Buchstaben über der Türe, in einem der Fenster aber hängt ein Pappschildchen mit der lakonischen Erklärung: „Wegen Barenmangel geschlossen“.

„Warum lassen Sie die Flügel über Ihrer Türe nicht überhängen, fragte ich eines Tages Herrn Pinkas Ungebuld.“

„Warum soll ich sie lassen überhängen,“ antwortete er.

„Hä? ich Geld zum hinausgeschmeißen? Was wollen Sie? Es gibt größere Flügel, und sie werden nicht überhängen. Im Gegenteil. Aufgefressen werden sie mit neuen Farben, daß sie leuchten und blenden, wer weiß wie sehr. Ahnung, was sie haben. Aber ewig wird er doch nicht dauern, der Krieg. Und es wird wieder eine Zeit kommen, wo es täglich bei mir wird geben frische Eier. Sie werden sehn.“

„Sie sind ein Optimist,“ Herr Ungebuld, sagte ich.

„Wie heißt, ich bin ein Optimist“, lächelte er, sich geschmeichelt fühlend. — „Ich bin ein Kaufmann und kenne die Welt. Der gesunde Geschäftsgeist wird alles wieder ausleben lassen. Die Zukunft gehört dem Kaufmann. Das sage ich, Pinkas Ungebuld.“

Hoffen wir, daß sie nicht nur dem Kaufmann, sondern auch der arbeitenden Bevölkerung gehören wird.

### Schulkinder als Landarbeiter.

Die „Pädagogische Zeitung“ meldet, daß die Stadt Berlin zur Verwirklichung ihrer Pläne die Mitarbeit von Schulkindern in Anspruch nimmt. Wegen des Mangels an Arbeitskräften habe der Magistrat in den Gemeindefürsorge noch Schülern der oberen Klassen gefragt, die unter Führung von Lehrern freiwillige landwirtschaftliche Hilfsarbeiten leisten wollen. Ueber einen Versuch, der bereits gemacht wird, erzählt das Lehrerblatt: „Als Erfolg dieser Nachfrage — es handelt sich einstweilen um einen Versuch — konnten dieser Tage etwa 25 Knaben der 35. Gemeindefürsorge in der Bernauer Straße unter Aufsicht eines Lehrers dem städtischen Gute Albertshof bei Bernau überlassen werden, um dort leichte Arbeiten zu verrichten. Die Schüler, die für die Zeit bis zum Ablauf der großen Ferien vom Unterricht befreit sind, erhalten neben freier Unterkunft und Verpflegung eine tägliche Entschädigung von 20 bis 30 Pf.“ Wie die Lehrer hierüber denken, sagt die „Pädagogische Zeitung“ nicht. Was mag übrigens die Angabe bedeuten, daß die Schüler „für die Zeit bis zum Ablauf der großen Ferien vom Unterricht befreit sind“? Unterricht haben sie ja in den Ferien ohnedies nicht. Gemeint ist wohl, daß ihre Herangehung zu Landarbeiten für die ganze Zeit bis zum Ablauf der großen Ferien beabsichtigt ist.

### Die Massenpeisung in Berlin.

Die Anmeldungen zu den in Berlin in Aussicht genommenen Massenpeisungen sind recht spärlich erfolgt. Damit wurde gerechnet, denn für den Betrieb ist es besser, wenn er sich langsam entwickelt, als wenn das Umgekehrte der Fall ist. Viele stehen der neuen Einrichtung abwartend gegenüber, man will wissen, was man für das Geld bekommt. Arbeit die Einrichtung zufriedenstellend, wird sie bald großen Zulauf haben. In erheblichem Maße werden Hülsenfrüchte und Gemüse geodet werden.

Große Zentralküchen, die mindestens 15 000 bis 20 000 Portionen verarbeiten, sind die rationellste Wirtschaftsart für die Massenpeisung. Diese großen Küchen werden mit einem Kranz von Unterverteilungsstellen umgeben, zu denen zu bestimmten Stunden die fertig zubereiteten Speisen gebracht werden und von denen sie unmittelbar an den Verbraucher abgegeben werden. Die Räume der Küchen und die Verteilungsstellen sind so gewählt, daß sie groß und luftig sind und gesättigt, eine große Anzahl von Personen in kurzer Zeit abzufertigen. Für die großen Küchen sind städtische Markthallen und andere bedeckte Gebäude auszuweisen. Als A u s b e s t e l l e n sind vornehmlich die Turnhallen der städtischen Schulen in Aussicht genommen. Die Einrichtung der Ausgabestellen ist beweglich und kann fortgenommen werden, so daß der Turnlehrbetrieb nicht gestört wird, da die Hallen nur wenige Stunden für die Speisenausgabe in Anspruch genommen sind. Die Verteilungsstellen müssen über alle Stadtteile verteilt werden, das von der Wohnung des einzelnen bis an die Entnahmestelle möglichst kurze Wege führen, da grundsätzlich das Essen nach Hause geodet werden soll. Dadurch wird das Bedenken hinsichtlich, daß die Familie durch die Massenpeisung auseinandergerissen werde, und außerdem hat es eine geschickte Hausfrau in der Hand, durch geeignete kleine Zusätze das Essen ihrem persönlichen Geschmack mehr anzupassen und etwas Abwechslung hineinzubringen.

Die Kontingentierung der Lebensmittel macht es notwendig, daß zunächst nur die Massenpeisung von Berliner Einwohnern erfolgt, daß die Stadt nur für diese Nahrungsmittel zugewiesen erhält. — Es schweben indessen bereits Verhandlungen, um mit den Vororten, von denen zahlreiche Einwohner in Berlin ihre Arbeitsstelle haben, einen gegenseitigen Abrechnungsverkehr auch in der Massenpeisung herbeizuführen, so daß eine Art Freizügigkeit in der Massenpeisung erreicht wird.

Am 10. Juli wird die erste Massenküche in der Tresestrasse mit einem Fassungsvermögen von 30 000 Litern und neun Unterverteilungsstellen eröffnet werden. Zwei der Verteilungsstellen liegen in der Markthalle selbst, eine weitere in der Turnhalle in der Danziger Straße, eine dritte im alten Wasserwerk, Eingang Kolmarer-Diebenhofener Straße, die anderen in Gemeindefürsorge bis an die äußersten Grenzen des Berliner Stadtgebiets, wo noch in der Ibsenstrasse eine Verteilungsstelle eingerichtet ist. Da das Problem der Massenpeisung noch unerforscht ist, soll auch ein Versuch mit einer kleinen Küche gemacht werden. Deshalb wird in der Turnhalle in der Schule in der Braunstraße gleichzeitig eine Anstalt für 2700 Liter ins Leben treten.

In rascher Folge schließt sich eine große Küche auf dem Schlachthof für ungefähr 20 700 Portionen an, dann in der Sellenstraße eine große Küche auf dem Grundstück der Städtischen Gaswerke, bis zum 1. Oktober in kleinerem Umfang, von da ab größer eingerichtet. Weiter folgt die Zentralmarkthalle am Alexanderplatz, die als Fleischgroßhalle wegen der nunmehrigen Zuteilung des Fleisches unnötig geworden ist. Dies wird die größte Küche mit einer Leistungsfähigkeit von ungefähr 40 700 Litern sein. Dann folgen noch die Küchen in der Pflückerstraße, Arminiusstraße, Luisenpark, Markheimeplatz, ein städtisches Grundstück in der Lohmühlenstraße und schließlich das alte Wasserwerk in der Belforter und Kolmarer Straße. Am 10. Juli wird mit 38 000 Litern angefangen, Mitte September wird die tägliche Leistung auf ungefähr 250 000 Liter gestiegen sein.

Die Stadt Berlin hat zunächst einen Kredit von zwei Millionen Mark für bauliche und innere Einrichtungen verlangt. Es ist nicht

sicher, daß sie damit auskommt, und ob man bei der Höchstleistung von 250 000 Liter stehen bleiben kann.

### Fleischverkauf an fleischlosen Tagen.

Nach ministerieller Genehmigung darf in Berlin bis auf weiteres an allen Diensttagen und Freitagen in den Fleischerläden Fleisch verkauft werden.

### Fleischabgabe ohne Fleischartenabschnitt.

Der Berliner Magistrat schreibt: Es ist zu unserer Kenntnis gelangt und durch eine große Reihe von Zuschriften bestätigt worden, daß Fleischer vielfach ohne Verabfolgung von Fleischfleischartenabschnitten abtrennen. Dies ist unter keinen Umständen statthaft. Eine Abtrennung von Abschnitten, und zwar lediglich derjenigen, welche für die betreffende Woche gültig sind, ist nur zulässig, wenn Fleisch in der den abgetrennten Abschnitten entsprechenden Menge auch tatsächlich abgegeben wird. Sollten sich an der Karte noch Abschnitte der vorhergehenden Woche befinden, so darf der Fleischer diese unter keinen Umständen an sich nehmen. Sollten trotz dieser erneuten Klarstellung abermals derartige Fälle bekannt werden, so werden die Schuldigen zur Anzeige gebracht werden.

Aus Gastwirtschaften wird darüber Klage geführt, daß wie die Einschränkung in die Speisefarten einer größeren Anzahl von Gast- und Schankwirtschaften leidet, immer noch Fleischgerichte, die nach der Verordnung des Magistrats über die Regelung des Fleischverbrauchs nur gegen Karte verabfolgt werden dürfen, ohne Fleischkarte abgegeben werden. Es kann nur dringend hervor gewarnt werden, daß jeder zur Kenntnis der Behörde gelangende Fall verfolgt werden muß und wird. Ferner weisen einige Speisefarten immer noch mehr als zwei Fleischgerichte auf, ein Verfahren, welches gegen die Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1916, betr. Bekanntmachung zur Vereinfachung der Beföstigung verstößt.

### Butterpreise im Kleinhandel.

Der Magistrat veröffentlicht heute eine Verordnung, nach der vom Montag, den 8. Juli ab, der Preis für Butter in Berlin im Kleinhandel nicht übersteigen darf:

für Handelware I . . . . .	52 Pf.
„ „ „ II . . . . .	50 „
„ „ „ III . . . . .	47 „
abfallende Ware . . . . .	41 „

für je 100 Gramm.

### Obstpreise in Berlin.

Der Magistrat Berlin gibt bekannt, daß nach Beschluß der Preisprüfungsstelle die für die wichtigsten Obstsorten aus Werder und Umgegend festgesetzten Großhandelsrichtpreise für den Groß-Berliner Markt allgemein Geltung haben, also auch auf Obst anderer in- und ausländischer Herkunft Anwendung finden. Die Preisprüfungsstelle wird durch Ausschlag in den Markthallen und an den sonstigen Obstmärkten diese Richtpreise nochmals zur Kenntnis bringen, deren Ueberschreitung gegen die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 verstößt würde.

### Das Inkraut in der Wuhlheide.

Die Wuhlheide ist Besitz der Stadt Berlin; sie wurde erworben zu dem Zwecke, um ein Baggerwerk dort zu errichten. Die Verwaltung wird von der städtischen Forstverwaltung ausgeübt. Nun wird uns aus Oberschöneweide berichtet, wie sehr die städtische Forstverwaltung darauf achtet, daß das dort wachsende Inkraut ja nicht fortgeholt wird. Letzte, die infolge der Futterknappheit sich etwas Schweinefutter holen wollten, sind vom Oberförster angehalten und verwahrt worden, im Wiederholungsfall ist ihnen Strafe angedroht worden. Das hat sehr verstimmt, zumal die Stadt gar keinen Schaden erleidet. Es wird der Allgemeinheit nur genügt, wenn die staatlichen und städtischen Forstverwaltungen dazu beitragen, daß das von niemand benutzte Inkraut Futterzwecken dienstbar gemacht wird. Es sollte deshalb an die Aufhebung von Bestimmungen gegangen werden, die beruhen auf und deren Aufrechterhaltung nur Unmut aber keinerlei Nutzen stiftet.

### Radfahren zur Jagd.

Die sehr einschneidenden Bestimmungen über die Benutzung der Fahrräder haben die zuständigen Behörden veranlaßt, in Erwägungen einzutreten, inwiefern das Radfahren zu gestatten sei, ohne den beabsichtigten Zweck zu gefährden. Kürzlich hatte das Oberkommando darauf hingewiesen, daß die Ausübung der Jagd, der Fischerei und Angerei trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als Sport zu betrachten sei, und daß deshalb die Benutzung des Fahrrades für diese Zwecke nicht gestattet werden könne. Der Landrat des Kreises Rebus ist aber anderer Meinung, denn er erläßt im Amtsblatt und im Kreisblatt folgende Bekanntmachung:

„Zu der Anordnung des Oberkommandos in den Marken vom 28. Mai d. J. betreffend Einschränkung des Fahrradverkehrs mache ich hierdurch bekannt, daß Fahrten zur Jagd kein Vergnügen im Sinne vorstehender Anordnung bilden, da auch die Jagdgäste der Nahrungsmittelvermehrung dienen. Die Benutzung des Fahrrades, um zum Jagdgelände zu gelangen, ist deshalb gestattet.“

Hoffentlich treten noch andere Erleichterungen des Radfahrverbots in Kraft, denn ein zu Gesundheitszwecken unternommener Ausflug von Arbeiteradfahrern ist unter Umständen notwendiger als das Radfahren zur Jagd.

### Eine Erhöhung des täglichen Kostgeldes für Hausangestellte.

hat das Berliner Polizeipräsidium beschlossen. Auf eine an das Präsidium gerichtete Eingabe des Zentralverbandes der Hausangestellten wurde geantwortet, daß das tägliche Kostgeld für weibliche Hausangestellte auf 2,10 M., für männliche auf 2,25 M. festgesetzt sei. Darauf könne der Wert der Wohnung mit 30 Pf. pro Tag in Abzug gebracht werden. Mit dieser Festsetzung tritt eine Erhöhung um 50 Pfennig pro Tag ein.

### Musterung der österreichisch-ungarischen Landsturmpflichtigen in Berlin.

Das l. u. l. Generalkonsulat in Berlin teilt mit: „Alle in den Jahren 1866 bis 1897 geborenen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen bzw. hohn-hera Landesangehörigen werden in der Zeit vom 8. bis 29. Juli 1916 einer neuerlichen Konstitution (Aufnahme der Musterungsblätter) und hierauf in der Zeit vom 31. Juli bis 30. September 1916 einer neuerlichen Musterung unterzogen werden. Zur Konstitution zu erscheinen haben alle männlichen Personen obiger Jahresgänge ohne Ausnahme, und zwar die in Groß-Berlin und in der Provinz Brandenburg Wohnhaften in der Landwehrinspektion, Berlin-Schöneberg, General-Pape-Strasse.“

In der Zeit von 8 bis 10 Uhr morgens:  
Am 8. Juli der Geburtsjahrgang 1866, am 4. Juli der Geburtsjahrgang 1868, am 5. Juli der Geburtsjahrgang 1870, am 6. Juli der Geburtsjahrgang 1872, am 7. Juli der Geburtsjahrgang 1874, am 8. Juli der Geburtsjahrgang 1876, am 10. Juli der Geburtsjahrgang 1878, am 11. Juli der Geburtsjahrgang 1880, am 12. Juli

der Geburtsjahrgang 1881, am 18. Juli der Geburtsjahrgang 1882, am 14. Juli der Geburtsjahrgang 1883, am 15. Juli der Geburtsjahrgang 1884, am 17. Juli der Geburtsjahrgang 1885, am 18. Juli der Geburtsjahrgang 1886, am 19. Juli der Geburtsjahrgang 1887, am 20. Juli der Geburtsjahrgang 1888, am 21. Juli der Geburtsjahrgang 1889, am 22. Juli der Geburtsjahrgang 1890, am 24. Juli der Geburtsjahrgang 1891, am 25. Juli der Geburtsjahrgang 1892, am 26. Juli der Geburtsjahrgang 1893, am 27. Juli der Geburtsjahrgang 1894, am 28. Juli der Geburtsjahrgang 1895, am 29. Juli der Geburtsjahrgang 1896 und 1897.

In der Zeit von 11—1 Uhr mittags:  
Am 3. Juli der Geburtsjahrgang 1867, am 4. Juli der Geburtsjahrgang 1869, am 5. Juli der Geburtsjahrgang 1871, am 6. Juli der Geburtsjahrgang 1873, am 7. Juli der Geburtsjahrgang 1875, am 8. Juli der Geburtsjahrgang 1877, am 10. Juli der Geburtsjahrgang 1879.

Sämtliche Ausweisepapiere und zwei unaufgezogene Photographien sind mitzubringen. Das Datum der Musterung selbst wird gelegentlich der Konstitution jedem einzelnen mitgeteilt werden. Für die in der Provinz Sachsen und im Herzogtum Braunschweig Wohnhaften wird in einigen Tagen eine besondere Kundmachung erfolgen, welche in den Zeitungen in Magdeburg, Braunschweig, Halle a. S. und Erfurt veröffentlicht werden wird. Der l. u. l. Generalkonsul (gez.) Szarbasch.“

### Die gesperrten Seen.

In den Kreisen der Groß-Berliner Rudervereine hat die Sperrung mehrerer Seen in der weiteren Umgebung Berlins große Verwunderung und eine unangenehme Ueberraschung hervorgerufen. Der Aittergutsbesitzer Böse hat kürzlich die ihm gehörigen Seen in der Nähe des Scharnhufweises für den Verkehr sperren lassen. Es handelt sich in der Hauptsache um den landschaftlich schön gelegenen Springsee und um den kleinen Glubigsee, die bisher von den Ruderern befahren werden konnten. Die Rudervereine wollen sich mit dem Verbot des Besitzers nicht ohne weiteres zufrieden geben, sondern Feststellungen darüber anstellen, ob diese Seen nicht bereits dreißig Jahre hindurch unbeanstandet befahren worden sind. In diesem Falle hätten sich die Besitzer ihres Rechtes begeben und eine Aufhebung des Verbotes durch die zuständige Behörde zu erwarten.

**Seifenpulver auf Brotkrumen.** Es scheint in Seifengeschäften die Ansicht verbreitet zu sein, daß gegen die Brotkrume wohl Seife, nicht aber Seifenpulver verkauft werden darf. Diese Ansicht ist irrtümlich, denn die Brotkrume gilt auch für Seifenpulver und für alle anderen fetthaltigen Waschnittel, so daß es hierzu keines besonderen Ausweises bedarf. Gleichzeitig wird zur Vermeidung von Zerklümmern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf Grund der Brotkrume, die für den 25. des Monats gilt, während des ganzen Kalendermonats, also bereits vom 1. des Monats ab bis zum letzten Tage, Seife gekauft werden kann.

**Wohnung an die Hausbesitzer.** Es mehren sich die Fälle, in denen die Protokommisionen lebhaft Klage darüber führen, daß einige Hausbesitzer oder deren Stellvertreter den ihnen durch die Magistratsverordnungen bei der Verteilung der Lebensmittelkarten an die Mieter auferlegten Pflichten nicht nachkommen und dadurch den Protokommisionen die Arbeit erschweren. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der fraglichen Aufgaben wird den Hausbesitzern und deren Stellvertretern die Befolgung dieser Pflichten nochmals dringend ans Herz gelegt. Wenn auch die Mehrheit der Hausbesitzer in bankrottweiser Weise die ihnen auferlegten Lasten übernommen hat, so wird es sich doch nicht vermeiden lassen, falls weitere Beschwerden laut werden, die Schuldigen zur Bestrafung zu bringen.

### Erhöhung des Arzthonorars.

Die letzte Delegiertenversammlung des Ärzte-Ausschusses von Groß-Berlin beschäftigte sich mit der Erhöhung der ärztlichen Honorare. Man war nach längerer Erörterung einstimmig der Ansicht, daß eine Erhöhung eintreten müsse, wenn auch manche Einzelheiten noch innerhalb der Ärzteschaft zu besprechen seien und daß auf die Inneren möglichst Rücksicht zu nehmen ist. Infolgedessen einigte man sich auf folgende Entschlieung, die einstimmig angenommen wurde:

„Angesichts der durch die kriegerischen Ereignisse herbeigeführten außerordentlichen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung und der Berufsunkosten hält der Ärzte-Ausschuss von Groß-Berlin es für notwendig, daß die ortsüblichen Vergütungen für die ärztlichen Leistungen erhöht werden.“

Die Erhöhung unterbleibt bei Unbemittelten und bei solchen minderbemittelten Familien, deren Ernährer zum Seeresdienste eingezogen sind.“

### Waldblünderung durch Schulen.

Eine Leserin schreibt uns: Jahr um Jahr wird in den Zeitungen gebeten, nicht den Wald zu schänden und sinnlos Zweige, Blätter, Blüten abzureißen. Dieser Tage traf ich in Woltersdorfer Schleuse mehrere hundert Schulmädchen mit ihren Lehrern, Lehrerinnen und auch zahlreichen Müttern. Als die Mädchen vom Spiel aus dem Walde zurückkehrten, war die reichliche Hälfte mit abgerissenen Blütenzweigen und Blattbüscheln, zum Teil von einem halben Meter Länge, versehen. Selbst verschiedene Lehrerinnen hatten sich grün eingebuddelt. Wald vertrocknet an dem ziemlich heißen Tage die geräuberten Naturkräfte schon auf den Gashausstischen. Vieles wurde gar nicht erst auf den Dampfer mitgenommen, von wo es unterwegs gewöhnlich in das Wasser geworfen wird. Die Kleiner trugen das Liegen-gelassene auf den Müllhaufen. Ist solche Blünderung in Gegenwart der Erzieher wohl zu verantworten? Es war nicht das erstemal, daß ich so etwas bei Schulausflügen beobachtete.

### Von einem Eisenbahnwagen überfahren und getötet.

Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall hat sich in Spandau zugetragen. Der am dortigen Südbahn beschäftigte Arbeiter Gaeding aus Neukölln wollte gegen 4 Uhr das Gleis der Güterbahn überschreiten, um sich den Weg nach einem andern Teil der Arbeitsstätte abzukürzen. Dabei überließ er das Herannahen eines von einer Rangiermaschine abgestoßenen Güterwagens, wurde von dem Wagon erfasst und umgeworfen. Er geriet unter den Wagen und eines der Räder ging über ihn hinweg. Der Bedauernswerte erlitt schwere äußere und innere Verletzungen. In befinnungslosem Zustande schaffte man den Verunglückten nach dem Spandauer städtischen Krankenhaus, wo er aber alsbald nach seiner Aufnahme starb.

**Ertrunkener Pfadfinder.** Beim Baden in der Havel ertrunken ist der 14jährige Reinhold Wulff, der Sohn des Rechnungsrats W. in Berlin-Steglitz. Der Schüler hatte mit einer Abteilung Pfadfinder einen Ausflug nach dem Grunewald unternommen. Mehrere der Knaben, darunter auch Wulff, sonnderten sich in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Turmes ab, um in der Havel zu baden. W., der ein guter Schwimmer ist, wagte sich weit in den Fluß hinaus. Wörtlich aber vertieften ihn die Kräfte und er verlor mit lautem Aufschrei in den Fluten. Die anderen badenden Pfadfinder verließen sofort Hilfe zu bringen, es gelang ihnen jedoch nicht, ihren Schulkameraden zu retten. Die Leiche ist inzwischen geborgen worden.

Auf der Strahndamm schwer verunglückt ist gestern vormittag der Feldwebelleutnant Fuhrmann aus der Auglerstraße 84, ein verheirateter Mann, der in seinem bürgerlichen Berufs Bureauhilfe ist. Fuhrmann wollte an der Ecke der Augler- und Greiswalder

Strasse einen Triebwagen während der Fahrt besteigen, um nach Berlin zu fahren. Er war auch schon auf der Plattform, glitt aber wieder ab. Mehrere Fahrgäste berührten noch, ihn zu fassen und zu halten, es gelang ihnen aber nicht. Der Mann fiel so unglücklich hin, daß er mit einem Bein unter die Räder des Anhängers geriet. Die Quersaiten des Beins vollständig ab. Ein Arzt aus der Nachbarstadt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und brachte ihn dann mit einem Kraftwagen nach dem Krankenhaus in Weissensee.

**Wegen eines großen Dachstuhlbrandes, des dritten seit kurzer Zeit, wurde die Schöneberger Feuerwehr am Freitag nachmittag um 5 Uhr nach der Warburgstr. 51 alarmiert. Die beiden Feuerwehren entzündten sofort zwei Züge. Als diese an der Brandstelle ankamen, stand der Dachstuhl des Vorderhauses schon in großer Ausdehnung in Flammen. Hell schlugen diese aus den Dachluken und Fenstern empor. Dichter Qualm wälzte sich bald in der Richtung der Apostel-Paulus-Straße über die Häuser. Brandmeister Stiepebed ließ unverzüglich über Maschinenleitern und die Treppen mit mehreren Schlauchleitungen von Automobilihydranten angreifen und kräftig löschen. Dadurch gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Dieser wurde neuereuert werden. Ein großer Teil der Bodenräume mit Inhalt ist niedergebrannt. Die Entstehung konnte noch nicht ermittelt werden.**

Die Stadtbibliothek hat heute den 14. Band ihres Kataloges herausgegeben. Er umfaßt die Erwerbungen der letzten zehn Jahre in den Abteilungen Philosophie, Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin, Technik, Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft. Bei den Anschaffungen, für die ansehnliche Erzeugnisse von Professor Leo und Albert-Cohn-Stiftung zur Verfügung standen, ist namentlich das literarische Bedürfnis der Kaufleute, Techniker und Gewerbetreibenden berücksichtigt worden. Der stattliche Band von 326 Seiten wird für 1 M. verkauft, ist aber auch unentgeltlich in den städtischen Bibliotheken und Leseschulen einzusehen.

Dem Berliner Aquarium sind von deutschen Kriegern ausazedonien unter andern einige riesige Sattelkarpfen zugegangen. Diese Tiere unterscheiden sich von unseren heimischen Karpfen durch ihre Größe und dem plumpen Körperbau, sowie namentlich durch die fast völlige Verklümmung der Flügel. Sie bewohnen heiße trodene Gegenden und fühlen sich daher in dem warmen Tropenraum des Aquariums so wohl, daß die Männchen ihr lautes Geschrei fast den ganzen Tag hindurch hören lassen. Ein frisch da-gelegtes Weibchen — diese sind an der langen Legeröhre leicht kenntlich — schenkte diesem Liebespaar auch gleich Weibchen und wählte sich einen Gatten.

## Aus den Gemeinden.

### Sozialdemokratische Lebensmittelpetition in der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung.

Die Versammlung am Donnerstag beschäftigte sich hauptsächlich mit der von den sozialdemokratischen Vertretern eingebrachten Interpellation, die vom Magistrat Auskunft verlangt, welche Schritte er zu tun gedenkt, um eine bessere Verteilung der Lebensmittel und eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers zu erreichen.

Stadtv. Heilmann führte begründend dazu aus, daß die Regierung nicht energisch genug vorgehe, um eine bessere Verteilung der vorhandenen, allerdings knappen Lebensmittel herbeizuführen. Schuld daran seien die immer noch bestehenden Ausfuhrverbote einzelner Bundesstaaten und auch verschiedener Landkreise. Auch gegen die geforderten Ueberpreise werde von den staatlichen Behörden nur in unzureichendem Maße eingeschritten. Redner kritisiert dann die jetzt geforderten enorm hohen Preise für Obst, die auf die hohen Verpackungen der Obstbaumplantagen und ferner die hohen Gemüsepreise, die auf die Errichtung der Gemüsetrockenanstalten zurückzuführen seien. Diese Anstalten sollten ursprünglich den Zweck haben, das überschüssige Gemüse zu verwerten, damit in diesen knappen Zeiten nichts umkomme. Die Produzenten machten es jedoch umgekehrt: erst gingen große Quantitäten in die Trockenanstalten, um für den Winter aufgespeichert zu werden, um hohe Preise zu erzielen und nur der Rest komme dann auf den Markt und bringe dann leicht die hohen Preise.

Auch gegen die Groß-Berliner Kommunalverwaltungen erhob Redner Beschwerde, die sich vor allem auf die Behandlung Neuköllns bei der Eierlieferung durch die Berliner Verteilungsstelle bezogen. Er legte dar, daß Neukölln die Absicht gehabt habe, direkt von der J.E.G. die ihm zuzulegenden Eier zu beziehen, um sie dann durch die Kleinhandlcr an die Bevölkerung abzugeben. Diesen Absichten sei der größte Widerspruch entgegengekehrt und die Drohung ausgesprochen worden, daß, wenn Neukölln darauf bestände, es befürchten müsse, noch schlechter wie bisher bedient zu werden. Redner ging dann noch auf die Schwierigkeit der Milchbeschaffung ein und verlangte zum Schluß eine schleunige Durchführung der Rassenfütterung.

Stadtrat Nier gab zu, daß die Klagen über ungenügende Verteilung und allzu schwache Bekämpfung des Wuchers nicht ganz von der Hand zu weisen seien. Als Beweis dafür führte er an, daß ein Händler Mehl für 40,50 M. eingekauft und mit 118 M. verkauft habe. Die deshalb bei der Staatsanwaltschaft eingereichte Anzeige wurde aber zurückgewiesen, da ein Handelskammerfachverständiger erklärt habe, daß kein Wucher vorliege. Die Angelegenheit sei dem Justizminister übergeben worden.

Die vom Redner gerügten Mängel bei der Eierverteilung seien darauf zurückzuführen, daß Groß-Berlin sich ebenso wie in der Butterfrage nicht entschließen konnte, die Verteilung durch die Gemeinden, sondern durch den Großhandel vorzunehmen, so daß es heute den Kommunen überhaupt nicht möglich sei, festzustellen, wieviel sie von diesen Waren hereinbekommen und ob sie das ihnen zuzulehene Quantum erhielten. Auf sein Verlangen, die Eier direkt von der J.E.G. zu beziehen, sei ihm von anderen Kommunalvertretern geantwortet worden, daß er dann befürchten müsse, noch weniger oder gar keine Eier zu bekommen. (Hört! hört! und große Unruhe.) Auch von einem Berliner Vertreter der J.E.G., der mit dem Großhandel in Fühlung stehe, würden dieselben Schwierigkeiten berichtet. Redner ging auf die Beschwerde über die hohen Obst- und Gemüsepreise ein und führte als Grund dafür mit an, daß die Händler schon unterwegs das Gemüse aufkauften, damit es erst gar nicht auf den Markt komme. Der Zwischenhandel müsse eingeschränkt oder überhaupt verboten werden, um größeren Einfluß auf die Produzenten und damit auf die Preise zu bekommen.

Zur Rassenfütterung bemerkte er, daß die Stadt in nächster Zeit mehrere größere Kriegsvollständungen eröffnen werde.

Genosse Wulff ergänzte noch die Ausführungen Heilmanns und forderte vor allem ein entschiedeneres Vorgehen des Deutschen Städtetages.

Justizrat Abraham (Altbürgerlich) unterstützte die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner, anerkannte die Tätigkeit des Lebensmittelausschusses und verlangte auch die Einrichtung von Mittelstandsflächen.

Von der kommunalfortschrittlichen Fraktion unterstützten die Herren Fischer und Dr. Borchardt die sozialdemokratischen Ausführungen, wobei letzterer noch besonders einige Mängel in der Fleischlieferung zur Sprache brachte.

Nach Schluß der Diskussion wurde ein von allen Fraktionen eingebrachter Antrag angenommen, der verlangt, daß der Magistrat den Deutschen Städtetag auffordere, an maßgebender Stelle dahin zu wirken, daß die Ausfuhrverbote aufgehoben und sonst auch alles getan wird, um eine bessere Verteilung der Lebensmittel zu ermöglichen.

Bisher hatte die Versammlung eine vom Stadtrat Nieremh überwiesene Schenkung von 33000 Mark zur Errichtung eines Säuglingsheimes mit Dank angenommen.



Aus Industrie und Handel.

Erleichterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

In der in diesen Tagen abgehaltenen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank hat der Reichsbankpräsident auf die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hingewiesen.

Es kommt danach die Berechnung der Gebühren teilweise ganz in Wegfall, zum Teil treten erhebliche Ermäßigungen ein. Als wichtigste unter den neuen Vorschriften dürfte die anzusehen sein, daß bei allen durch Postkonten zur Gutschrift auf Girokonten eingehenden Beträgen die Gebühr nur noch mit 1/10 Promille (statt bisher 1/10 Promille) berechnet wird.

Konsumgenossenschaftlicher Landwirtschaftsbetrieb.

Die am 24. und 25. Juni in Schaffhausen stattgefundene Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine hatte in ihrer Mitte Gäste aus Frankreich (Poisson aus Paris), Spanien (Anton und Garde aus Barcelona) und Ungarn (Vernat aus Budapest).

Der Hauptpunkt der Tagesordnung war der Antrag der Verbandsleitung auf Bewilligung eines Kredits von 850 000 Fr. zum Ankauf von landwirtschaftlichen Gütern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung.

Die große Zahl von Offerten ist infolgedessen noch besonders bemerkenswert, als sie die antisozialistischen Bauern als Förderer der kollektivistischen Wirtschaft der Genossenschaft erscheinen läßt.

Aus aller Welt.

Der Herr Bürgermeister.

Im Lokalanzeiger für Storkow und Umgegend ist ein Eingekandt zum Abdruck gelangt, dessen wesenlicher Inhalt wir nachstehend wiedergeben, da der dort gerügte Mißstand nicht bereinigt besteht.

Daß das Publikum nicht eines Beamten wegen, sondern der Beamte des Publikums wegen da ist, zu der Ansicht wird sich nachgerade auch der verlässigste Bureaumensch durchringen müssen. Und der Bürgermeister einer Gemeinde ist deren erster Beamter; es muß demzufolge seine erste und vornehmste Pflicht sein, die Interessen derer, die ihm unterstellt sind, beziehungsweise deren Vorsteher zu sein, ob mit oder ohne Verdienst ihm die Ehre geworden ist, zu vertreten.

gehen. Und hier in Storkow? Wer bezweifelt, daß es hier viele Leute gibt, die mit der Art und Weise, wie der Herr Bürgermeister einer Kriegerfrau gegenüber aufzutreten sich gemüßigt sah, einverstanden sind. Hier ein Fall: Die Ehefrau des zum Heere einberufenen Töpfers Bräning, die fünf kleine Kinder zu ernähren hat, stellte Anfang April beim Magistrat den Antrag, einen Teil des Lohnes ihres außerhalb beschäftigten minderjährigen Sohnes freizugeben.

In der Zuschrift wird dann weiter gefordert, daß die Gefühle schneller zur Erlebung kommen und daß dafür eventuell Hilfskräfte mit herangezogen werden müßten.

Wir finden die in dem Eingekandt erörterten Klagen, deren Wichtigkeit wir natürlich nicht nachprüfen können, im Grunde doch der Beachtung wert, da wir wissen, daß uns während des Krieges ähnliche Beschwerden oft genug vorgebracht worden sind.

Schnsucht nach Russen.

Unter dem 16. Juni hat der Landrat in Jüterburg folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Wiederholt ist es auch jetzt wiederum vorgekommen, daß kreiseingesessene Besitzer, die um Zuweisung von Arbeitskräften gebeten hatten, deutsche Soldaten zurückgeschickt haben, weil sie lieber russische Gefangene haben möchten.

Ich bringe zur allgemeinen Kenntnis, daß Kreiseingesessene, die die Hilfe deutscher Soldaten ausschlagen, auf die Zuweisung von Gefangenen auch nicht zu rechnen haben.

Daß eine solche Bekanntmachung überhaupt notwendig war, ist im höchsten Maß bedauerlich. Jetzt sie doch mit voller Deutlichkeit, wie wenig sich die in Frage kommenden „Besitzer“ ihrer vaterländischen Pflichten bewußt sind.

Keinen „Leichentrunk“ mehr. Ds bayerische Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, nach der die Veranstaltung eines Leichentrunkes oder Leichenschmaus, die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung, sowie die Abgabe von Nahrungs- und Genussmitteln hierfür durch die Gewerbe- und Handelstreibenden verboten ist.

Sieben Personen ertrunken. Bei einem Unwetter, das bei Saental in Ostpreußen niederging, sind sieben Personen durch das hochgehende Wasser mit fortgerissen worden und ertrunken.

Drei Personen verbrannt. Die Salzburger Blätter melden, wurde in Leoburg das Anwesen der Eheleute Ritterhuber durch Großfeuer vollständig eingeäschert.

Ein Segelfluter durch eine Mine gesprengt. Aus Hamburg wird gemeldet: Dem Finkenwärdler Hochsegefluter „H. F. 25“ ist eine Mine ins Netz geraten, die beim Einholen des Fahrzeuges in die Luft sprengte.

Niesenbrand in einer finnischen Hafenstadt. Der Privatkorrespondent der dänischen Zeitung „Politiken“ in Stockholm berichtet: Die finnische Stadt Raentyluoto ist von einem Niesenbrand heimgesucht worden.

Briefkasten der Redaktion.

R. S. 40. 1. Die Mutter kann Antrag beim Vollzebler auf Kriegsgeld stellen. 2. Rein. 3. Ja. — R. S. 30. Unter Verbringung eines ärztlichen Attestes können Sie ein solches Gesuch an das Stellvertretende Generalkommando richten. — Breslau 74. 1. Ein Rechtsanwalt ist zur Einreichung einer Klage nicht nötig.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Etwas wärmer, vielfach heiter, aber veränderlich und im Westen stellenweise etwas Regen; frühweisse Gewitter.

Das Tagesgespräch von Berlin O sind meine enorm billigen Angebote in Schuhwaren. Es gelangen gewaltige Warenmengen in allen Abteilungen zu enorm billigen Preisen zum Verkauf. Niemand versäume die Gelegenheit denn der weiteste Weg ist lohnend. Weiß-farb. Leinenschuhe 3 95 Einzelpaare, soweit auf Lager.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden. Spezialt wöchentlich einmal. Folgende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen. Drogen, Farben, Fleisch u. Wurst, Getreide, Kolonialwaren, Möbelmagazine.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten. Spezialt wöchentlich einmal. Folgende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen. Butter, Eier, Käse, Mehlhandlung, Photograph, Ateliers, Zahn-Atelier Wohlfeil.

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen Butter, Eier, Käse, Marmeladen und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten. J. F. Assmann Butter-Großhandlung. 35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin. Soldaten Sprachführer. Deutsch-Französisch, Deutsch-Polnisch, das Stück zu 15 Pf.

# Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71 • BERLIN N • Chausseestrasse 70-71

## Damen-Regenschirme

mit Naturstock  
3<sup>95</sup> 4<sup>75</sup> 5<sup>50</sup> 5<sup>95</sup>

## Herren-Regenschirme

mit Naturstock  
3<sup>95</sup> 4<sup>25</sup> 4<sup>95</sup> 5<sup>50</sup>

## Damen-Wäsche

Damen-Fasson-Hemden  
in geschmackv. Ausführung ... 2<sup>45</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>25</sup> 3<sup>50</sup> 3<sup>75</sup> 4<sup>25</sup>

Damen-Knie-Beinkleider  
m. br. Stickerei-Einsatz ... 2<sup>45</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>25</sup> 3<sup>50</sup> 3<sup>75</sup> 4<sup>25</sup>

Damen-Nachtjaden mit Langarmbesatz  
oder Stickerei-Einsatz ... 1<sup>95</sup> 2<sup>45</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>50</sup> 3<sup>95</sup> 4<sup>25</sup>

Untertaillen, deutsche Form m. Stickerei-Einsatz u. Hand-durchzug ... 1<sup>45</sup> 1<sup>65</sup> 2<sup>15</sup> 2<sup>25</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>75</sup>

Untertaillen, deutsche Form  
aus feinem Batist und Spitzen-Ein- und  
Ausatz ... 1<sup>95</sup>

Untertaillen, amerikanische Form  
m. breitem Stickerei-Ein- und -Ausatz ... 1<sup>45</sup> 1<sup>55</sup> 2<sup>15</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>95</sup>

Garnituren: Hemd u. Beinkleid pass.  
mit reich. Stickerei-garnierung ... 6<sup>75</sup> 7<sup>25</sup> 7<sup>95</sup> 8<sup>25</sup> 10<sup>95</sup>

Damen-Nachthemden  
aus guten Wäsche-  
stoffen ... 5<sup>75</sup> 6<sup>50</sup> 7<sup>75</sup> 8<sup>45</sup> 9<sup>50</sup>

## Trikotagen, Strümpfe

Herren-Mako-Hemden und  
Hosen ... 2<sup>95</sup> 3<sup>25</sup> 3<sup>50</sup>

Militär-Nessel-Hemden ... 2<sup>95</sup> 3<sup>75</sup>

Dam.-Directoire-Beinkleider 2<sup>95</sup> 3<sup>25</sup>

Damen-Untertaillen mit lang. Arm 95 Pf.

Kinder-Sweater  
mit Ausschnitt und  
kursem Arm ... 95 Pf. 1<sup>25</sup> 1<sup>45</sup> 1<sup>65</sup>

Herr.-Garnituren bunt 4<sup>25</sup> 4<sup>95</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>50</sup>

Herren-Socken Baum-  
wolle, starke Qualität ... 68, 88 Pf. 1<sup>15</sup>

Herren-Socken  
Wolle ... 1<sup>65</sup> 2<sup>25</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>25</sup>

Damen-Strümpfe  
Wolle plattiert u. reine Wolle 2<sup>25</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>75</sup> 3<sup>00</sup>

Damenstrümpfe Baumw.  
u. Flor, glatt u. durchbrochen 68, 88 Pf. 1<sup>15</sup>

Kind-Söckchen 28, 38, 48, 68, 88 Pf.

## Schürzen

Bunte Damen-Haus-Schürzen  
in dunkel mit Volant ... 1<sup>75</sup>

Bunte Damen-Haus-Schürzen  
in hell gestreift und Blende ... 1<sup>95</sup>

Bunte Damen-Haus-Schürzen  
in hell und dunkel gestreift ... 2<sup>95</sup>

Bunte Damen-Blusen-Schürzen  
in dunkel gepunkt ... 2<sup>50</sup>

Bunte Damen-Blusen-Schürzen  
in hell und dunkel gestreift ... 2<sup>95</sup>

Bunte Satin-Schürz. ... 4<sup>95</sup> 5<sup>50</sup> 5<sup>95</sup> 6<sup>25</sup>

Knaben-Schürzen in hellgestreift, mit  
bunter Spieltasche ... Größe 45-55 1<sup>25</sup>

Bunte Damen-Tee-Schürzen  
in Satin, hell und dunkel ... 1<sup>95</sup> 2<sup>10</sup>

## Handschuhe

Damen-Handschuhe Zwirn, durch-  
brochen, weiss und farbig ... Paar 45 Pf.

Damen-Handschuhe  
durchbroch.,  
12kn., Länge,  
mit u. ohne Finger, farbig u. weiss, Paar 75 Pf.

Damen-Handschuhe glatt u. porös,  
mit 2 Druckkn., schwarz u. weiss, Paar 95 Pf.

Damen-Handschuhe reine Seide,  
mit 2 Druckkn., schwarz u. weiss, Paar 1<sup>45</sup>

Kinder-Handschuhe weiss Zwirn,  
mit 2 Druckverschlüssen ... Paar 25 Pf.

## Korsetts

Empire-Korsetts mit starker Einlage  
gute Qualität ... Stück 2<sup>45</sup>

Empire-Korsetts vorn mit langer  
doppelter Stange ... Stück 2<sup>75</sup>

Frack-Korsetts aus gutem Stoff, Stück 2<sup>95</sup>

Frack-Korsetts mit Strumpfhalter, gute  
Qualität ... Stück 3<sup>85</sup>

Frack-Korsetts aus festem Körper, Stück 4<sup>95</sup>

## Kleiderstoffe

Wasch-Musselin in vielen neuen Mustern 95 Pf. 1<sup>25</sup> 1<sup>65</sup>

Wasch-Crepe hell und dunkel geblümt 1<sup>25</sup> 1<sup>65</sup> 2<sup>10</sup>

Wiener Batist in modernem Blumen-  
muster ... Meter 2<sup>45</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>25</sup>

Satin geblümt für Dirndkleider und  
Schürzen ... Meter 1<sup>25</sup> 1<sup>45</sup> 1<sup>65</sup>

Schleierstoffe in Punkt- und Blumen-  
muster ... Meter 1<sup>65</sup> 2<sup>10</sup> 2<sup>75</sup>

Schleierstoffe mod. Bandstreif. in Baum-  
wolle u. Wolle m. Seide Mtr. 4<sup>50</sup> 5<sup>90</sup> 6<sup>75</sup>

Schleierstoffe gestickt, doppeltbreit  
... Meter 3<sup>25</sup> 4<sup>75</sup> 5<sup>95</sup>

Woll-Musseline in nur besten Qualitäten  
und Mustern ... Meter 2<sup>25</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>25</sup>

Popelin und Wollkörper reine Wolle, moderne Farb-  
... Meter 4<sup>95</sup> 5<sup>50</sup>

Kaschmir u. Satin-Tuche in vielen Farben und  
schwerer Qual. ... Meter 5<sup>40</sup> 6<sup>25</sup>

Jackenkleiderstoffe 180 cm breit, in Herren-  
stoffgeschmack ... Meter 4<sup>25</sup> 7<sup>50</sup>

Karierte u. gestr. Stoffe prakt. Herbst- u. Winter-  
kleid, 90-110 breit, Meter 1<sup>50</sup> 2<sup>40</sup> 3<sup>35</sup>

Karostoffe f. Kinderkleider sehr elegant, doppelt-  
breit ... Meter 1<sup>95</sup> 2<sup>40</sup> 2<sup>95</sup>

Blusenstoffe in schönen Streifen und  
Farben ... Meter 1<sup>50</sup> 2<sup>25</sup> 2<sup>95</sup>

## Reise-Artikel

Kupee-Koffer mit Flavelstoff überzogen und  
2 Schlösser . 5<sup>75</sup> 6<sup>75</sup> 7<sup>50</sup> 8<sup>50</sup> 9<sup>50</sup>

Kupee-Koffer  
Vulkan Fiber ... 17<sup>50</sup> 19<sup>75</sup> 21<sup>75</sup> 23<sup>50</sup>

Reisekartons m. 28 Schloß- 2<sup>45</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>45</sup>  
seern ...

Reise-Hutkartons in 7 verschiedenen  
Größen, rund u. eckig

Reisetaschen  
Segeltuch ... 3<sup>75</sup> 4<sup>75</sup> 5<sup>25</sup> 5<sup>75</sup>

Reisetaschen  
Segeltuch, bessere Aus-  
führung ... 9<sup>75</sup> 10<sup>75</sup> 11<sup>75</sup>

Reisetaschen  
in Leder ... 11<sup>75</sup> 12<sup>75</sup> 13<sup>75</sup> 14<sup>50</sup>

Reiserollen ... 1<sup>45</sup> 1<sup>95</sup> 2<sup>45</sup>

Picknick-Koffer mit Blockholzsatz 1<sup>75</sup> 1<sup>95</sup>

Reisebestecks in verschiedenen Preislagen

Rucksäcke in allen Größen und Preislagen

## Herren-Artikel

Herren-Strohüte  
Madelé-Form ... 1<sup>95</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>95</sup> 3<sup>50</sup>

Herren-Strohüte  
Panama-Form ... 1<sup>95</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>95</sup>

Knaben-Strohüte  
Panama-Form ... 98 Pf. 1<sup>25</sup> 1<sup>45</sup> 1<sup>65</sup>

Herren-Krawatten  
offene Blöder, Regatties ... 95 Pf. 1<sup>50</sup>

Schiller-Serviteurs  
für Knaben und Herren ... 95 Pf. 1<sup>25</sup>

Herren-Westengürtel  
Stück ... 1<sup>50</sup> 1<sup>75</sup> 2<sup>25</sup>

Bunte Herren-Oberhemden  
Stück ... 4<sup>95</sup> 5<sup>50</sup> 6<sup>25</sup> 6<sup>95</sup>

Herren-Spazierstöcke  
Stück ... 95 Pf. 1<sup>25</sup> 1<sup>50</sup> 1<sup>95</sup>

## Wäschestoffe

Hemdentuch Meter 98 Pf. 1<sup>05</sup> 1<sup>10</sup> 1<sup>20</sup>

Renforcé ... Meter 98 Pf. 1<sup>15</sup> 1<sup>25</sup>

Linon ... Meter 1<sup>15</sup> 1<sup>35</sup> 1<sup>50</sup>

Körper-Pikeebarchent Mtr. 1<sup>15</sup> 1<sup>35</sup> 1<sup>50</sup>

Linon-Bezüge mit 2  
Klassen 9<sup>75</sup> 11<sup>75</sup> 12<sup>85</sup>

Stickerei-Kupon 4<sup>10</sup> 4<sup>60</sup> Meter 98 Pf.

Stickerei-Kupon 2<sup>30</sup> ... Meter 98 Pf.

Stickerei-Kupon 3<sup>05</sup> ... Meter 1<sup>25</sup>

## Tischzeuge

Küchen-Handtücher 1/2 Dtz. 5<sup>25</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>25</sup>

Stuben-Handtücher 1/2 Dtz. 4<sup>95</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>50</sup>

Tischtücher mit Durchbr., Größe 140/140 2<sup>75</sup>

Tischtücher Größe 180/180 .. 2<sup>95</sup> 3<sup>25</sup> 3<sup>95</sup>

Tischtücher Größe 180/200 ... 3<sup>75</sup> 4<sup>95</sup>

Wischtücher ... 1/2 Dutzend 2<sup>75</sup> 2<sup>90</sup>

Frottier-Handtücher mit Buch-  
staben, St. 1<sup>25</sup> 1<sup>65</sup>

## Taschentücher

Damen-Batist-Tücher weiss und  
buntkantig ... 3 Stück 45 Pf.

Militär-Tücher gezeichnetfertig, Stück 35 Pf.

Militär-Tücher extra gross .. Stück 45 Pf.

Herren-Batist-Tücher buntkantig,  
gute Qualität ... 2 Stück 45 Pf.

Gestickte Tücher 1/2 Dtz. 45 Pf. 1<sup>25</sup> 2<sup>00</sup>  
im Karton ...

Imit. Madeira-Tücher Stück 45, 75 Pf.

## Sämtliche Artikel

soweit Bestände freigegeben, sind

# bis 1. August

preiswert bei uns verkäuflich.

## Damen-Kleidung

Waschblusen Weiss u. farbige, aus vorstgl. 2<sup>45</sup> 3<sup>75</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>50</sup>  
Stoffen und bester Verarbeit.

Wollene Blusen aus reinwollenem Musselin od. 6<sup>90</sup> 7<sup>90</sup> 9<sup>75</sup>  
einfarb. u. kariert. Wollstoffen

Kleiderrocke aus einfarbigen, gestraiften 5<sup>95</sup> 7<sup>95</sup> 9<sup>75</sup> 12<sup>75</sup>  
oder karierten Stoffen ...

Damen-Kleider aus weissen und gemusterten 14<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> 29<sup>00</sup>  
Schleierstoffen ...

Damen-Kleider aus Musselina, sehr nette 15<sup>75</sup> 29<sup>50</sup> 39<sup>50</sup>  
Macharten ...

Jackenkleider aus Leinen und Kreppstoffen 19<sup>50</sup> 24<sup>50</sup> 35<sup>00</sup>  
sehr preiswert ...

Jackenkleider aus Wollstoffen, blau, schwarz 22<sup>50</sup> 39<sup>75</sup> 48<sup>50</sup>  
und farbig ...

Reise- u. Regenmänt. in schönen Farben ... 7<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 25<sup>00</sup>

Unterröcke aus Leinen, Alpaka, Seide 2<sup>45</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>90</sup> 10<sup>75</sup>  
und Moiré ...

## Kinder-Kleidung

Knaben- u. Mädch.-Kittel 1-4 Jahre, aus guten 1<sup>45</sup> 1<sup>75</sup> 1<sup>95</sup>  
Leinwandstoffen ...

Crepon-Kleidchen Handgest. m. Hak. wß., 4<sup>95</sup>  
rot, hellbl. u. blau f. 1-4 J.

Stickerei-Kleid nette Machart für 3<sup>95</sup>  
6 Jahre ...

Stickerei-Kleid mit reicher Garnierung 6<sup>25</sup>  
6-8 Jahre ...

Elegantes Waschkleid blau und rot getupft 9<sup>75</sup>  
für 8-10 Jahre ...

Knaben-Waschanzug für 2-6 Jahre ... 4<sup>25</sup> 4<sup>75</sup> 6<sup>75</sup>

Knaben-Waschanzug aus Leder-Satin für 6-10 Jahre ... 6<sup>90</sup> 8<sup>50</sup> 11<sup>50</sup>